Nr. 236. Halle (Saale), Montag, den 8. Oktober 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Bezugspreis monatlich beträgt 80 Pf. frei ins Haus; durch die Post bezogen 70 Pf. oder vierteljährlich 2,10 Mk. ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.
Schriftleitung: Hary 42/44. Fernsprech. 1045 Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.
Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 9 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben (größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).
Hauptgeschäftsstelle: Hary 42/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutsche Heeresberichte.

Großes Hauptquartier, 7. Oktober 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Regenfällen und Wind blieb die Gefechtstätigkeit bei fast allen Armeen gering. In Flandern lag starkes Störungsfeuer, durchsetzt mit einzelnen heftigen Feuerstößen, auf dem Kampffelde zwischen Poelkapelle und Zandvoorde. Vor Verdun lebte auf dem Ostufer der Maas die Feuertätigkeit zeitweilig auf. Erkundungsgefechte riefen dort und in mehreren anderen Abschnitten vorübergehend eine Steigerung des beiderseitigen Feuers hervor.

Die Auswertung von Lichtbildaufnahmen unserer Flieger besagt, daß unsere Bombenangriffe auf die Festung Dünkirchen starke Zerstörungen in mehreren Stadtvierteln, besonders in den Hafen-, Speicher- und Bahnanagen verursacht haben. Empfindliche Hemmungen des englischen Nachschubs werden dadurch erreicht worden sein.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front Prinz Leopold. Nordöstlich von Riga, bei Dünaburg und am Zbrucz bekämpften sich mehrfach die Artillerien lebhaft.

Front Erzherzog Joseph. In der Bukowina griffen die Russen unter Einsatz von Panzerkraftwagen unsere Stellungen bei St. Onufry und Waschkouty an. Der Feind wurde durch Feuer abgewiesen, aus Waschkouty durch Gegenstöße deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen vertrieben. Gefangene blieben in unserer Hand.

Bei der Heeresgruppe Mackensen lebte an unteren Sereth und bei Tulcea die Kampftätigkeit der Artillerien auf.

Mazedonische Front. Nichts wesentliches.

•

Großes Hauptquartier, 8. Oktober 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Die Kampftätigkeit in Flandern lebte gestern von Mittag bis zum Abend zwischen dem Houthoulster Wald und der Straße Menin-Ypern erheblich auf. Starkes Trommelfeuer ging englischen Teilangriffen voran, die sich gegen einzelne Abschnitte der Kampffront entwickelten. Die vom Gegner angesetzten Sturmtruppen kamen nirgends vorwärts; unsere Abwehrwirkung hielt sie im Trichterfelde nieder.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Zu beiden Seiten der Straße Laon—Soissons wurde der Artilleriekampf zwischen dem Ailettegrund und der Hochfläche südlich von Vargnu mit großer Heftigkeit geführt. Abends stießen bei Vauxaillon mehrere französische Kompagnien vor: sie wurden durch Feuer zurückgetrieben.

Oestlich der Maas lag starkes Feuer auf unseren Stellungen und deren Hintergelände zwischen Samogneux und Bezonvaux. Die Wirkung unserer Artillerie unterband einen südwestlich von Beaumont sich vorbereitenden Angriff der Franzosen.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz und an der mazedonischen Front keine größeren Kampfhandlungen.

•

Deutsche Kohle für Holland. Bei den zwischen niederländischen und deutschen Unterhändlern geführten Verhandlungen über die Einfuhr von Steinkohlen und die Regelung anderer wirtschaftlicher Fragen ist man zu einer grundsätzlichen Uebereinstimmung gelangt.

Deutschland werde monatlich 200 000 Tonnen deutsche und 50 000 Tonnen belgische Kohle an Holland liefern. Das Kohlen-Abkommen sei nur ein Teil eines umfangreicheren wirtschaftlichen Uebereinkommens mit Deutschland.

Brutaler Militarismus in Amerika. Aus Haparanda wird berichtet, daß 4000 finnische Auswanderer in den Vereinigten Staaten verhaftet worden sind. Die Verhaftung ist vorgenommen worden, weil die genannten Personen sich weigerten, sich in die Stammrolle der Vereinigten Staaten aufnehmen zu lassen. Die Weigerung war damit begründet, daß sie auch in ihrer Heimat vom Kriegsdienst befreit sind. Strafe für derartige Weigerungen ist ein Jahr Gefängnis. Darauf werden sie zum Kriegsdienst gezwungen. Man hofft, daß Finnlands Senat Schritte zur Befreiung der Verhafteten tue und daß ihnen ein Paß zur Heimfahrt gegeben werde.

Französischer Sozialistenkongreß

Aus Bordeaux meldet die französische Regierungsagentur Havas, daß auf dem Sozialistenkongreß 82 Departementsverbände mit 2667 Mandaten vertreten sind. Renaudel führt den Vorsitz. Compère-Morel behandelte die Frage der Teilnahme der Partei an der Konferenz in Stockholm natürlich ganz im Sinne der Regierungsmehrheitssozialisten. Die Einberufung der Internationale würde kein anderes Ergebnis haben, als die Verschiedenheiten der Ansichten zu bekräftigen, die die französischen Sozialisten wie die aller anderen Länder trennen. Compère-Morel erinnerte die sozialistische Partei daran, wie einmütig sie sich am 4. August 1914 für den Krieg ausgesprochen habe, weil Frankreich das Opfer eines unbestreitbaren Angriffs war. Deshalb rief er unter dem lebhaften Beifall der Anhänger der Mehrheit, wird es notwendig sein, sich hier entschieden für einen Siegesfrieden, dessen Anhänger ich bin, auszusprechen, oder für einen Verständigungsfrieden, der Frankreich verkleinern würde. Den Krieg fortsetzen, heißt das Recht des Volkes auf Freiheit in jeder Gestalt wahren, denn ein tatsächlicher oder verhüllter Sieg Deutschlands bedeutet die wirtschaftliche und politische Knechtschaft Frankreichs. Ein neues Wettrüsten würde unausbleiblich zu einem neuen Zusammenstoß führen. Wenn Frankreich besiegt wird, so bedeutet dies das Verschwinden der Demokratie aus der Welt. Compère-Morel brachte eine Entschließung ein, die erklärt, daß die Partei den unbedingten Frieden ablehnt und nur einen Frieden der Wiederherstellung annimmt, einen siegreichen Frieden, der nur durch die hohe Einigkeit der Franzosen verwirklicht werden könne. Die Partei werde jeder Regierung ihre Unterstützung leihen, die fest entschlossen sei, eine demokratische ebenso tätige, wie rücksichtslose Kriegspolitik zu führen.

Rappoport entwickelte in längeren Ausführungen die Zimmerwalder Theorien und erklärte, daß er die Annahme der Kriegskredite und die Teilnahme an einer Regierung der nationalen Verteidigung unbedingt verwerfe. — Diese Ausführungen unterschlägt aber Havas der Oeffentlichkeit. Der Kongreß nimmt seinen Fortgang.

Regierungskrise.

Lärm im Reichstage. — Ein Mißtrauensvotum für die Regierung beantragt.

Wird der Reichstag wieder vertuschen?

Am Sonnabend ist die schleichende deutsche Regierungskrise wieder akut geworden. Der Wirbel des endlosen Weltkrieges, die Unmöglichkeit der Friedensfindung durch die Regierungen, das Anschwellen der Not, des Elends, der Unzufriedenheit in allen Ländern bedingt immer wieder eine Neuorientierung der Verhältnisse innerhalb der Völker. In Deutschland hat sich in der Entwicklung zur Demokratie noch nichts geändert; die Regierungskrisen haben im System des Obrigkeitsstaates und der einflußlosen Volksvertretung noch keinen Wechsel gebracht. Aber jede Zuckung der latenten Krise legt aufs neue die Unhaltbarkeit der „über den Parteien schwebenden" Obrigkeitsregierung dar. Am Sonnabend spitzten sich die Gegensätze zwischen Regierung und Reichstagsmehrheit gewaltig zu. Die alte sozialdemokratische Fraktion entlarvte das Treiben der sogenannten Vaterlandspartei, der Kriegsinteressenten und die Beeinflussung der Beamten und der Soldaten, wobei ihr Redner Landsberg äußerst zahm vorging. Der Kriegsminister und Herr Helfferich verfochten das alte System, erlitten jedoch einen völligen Mißerfolg. Die Unabhängige Sozialdemokratie fand den treffenden Weg zur Klarheit, indem sie das Mißtrauen gegen die Regierung (in der im Reichstage nur zulässigen verdünnten Form) beantragte.

Was nun? Der Reichstag muß Klarheit schaffen, er darf jetzt nicht kneifen. Sozialdemokraten, Zentrum und Fortschrittler wendeten sich gegen die Regierung, sie müssen für das Mißtrauensvotum stimmen. Sie stellen die gewaltige Mehrheit des Reichstages dar. Kommt es dazu, dann muß die Regierung Michaelis abtreten oder der Reichstag erneut seine völlige Ohnmacht eingestehen. Eins oder das andere ist nur denkbar.

Aber gemach: die „Diplomaten" verhandeln schon. Sie werden die Dinge mit aller Raffiniertheit wieder verschleiern, vertuschen, die Klarheit vereiteln. Die Führer der Mehrheitsparteien haben mit dem Reichskanzler, der sich der brenzlichen Sitzung ferngehalten hatte, bereits hinter den Kulissen verhandelt und vorerst folgendes Manöver beschlossen:

„Die Fortsetzung der Interpellationsdebatte vom Sonnabend wird auf Dienstag vertagt. Sie soll als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden. Ferner wird die ebenfalls heute (Montag) angesetzte dritte Lesung des Nachtragsetats nicht stattfinden. Es soll beantragt werden, den Nachtragsetat noch einmal in den Hauptausschuß zurückzuweisen und in letzterem Aufklärung über die Art der Verwendung von Staatsgeldern zum Zwecke der Agitation im Heere zu verlangen. Die an der gestrigen Besprechung teilnehmenden Vertreter der nationalliberalen Fraktion waren noch nicht in der Lage, bindende Erklärungen für ihre Fraktion abzugeben."

Es soll aber Zeit zu einem Kuhhandel und Gelegenheit zur Abkühlung und Dämpfung des Konfliktes in geheimer Ausschußsitzung gewonnen werden. Wahrscheinlich wird die Regierung Michaelis dann wieder eine Erklärung, die nichts erklärt, sondern vieldeutig bleibt, abgeben, worauf die Blockmehrheit auf ein Mißtrauensvotum verzichtet und alles beim alten bleibt. Das wäre die „Lösung", wie sie dem deutschen Volke bisher immer zugemutet wurde und wie es sie geduldig ertrug.

Aber die Ungeheuerlichkeit einer solchen Vertuschung der klaren Gegensätze würde immer offenkundiger und unerträglicher. Die Stidluft lähmt schließlich alles. Es ist die erste Pflicht der Abgeordneten, jetzt auf Klärung zu bestehen, soweit freilich das „parlamentarisch" möglich ist. Der wirkliche Machtkampf zwischen den beiden Systemen: Obrigkeitsregierung und Demokratie kann von diesem Reichstage nicht entschieden werden, dazu muß das Volk selbst sprechen. Aber die Reichstagsmehrheit muß endlich Klarheit über ihren Willen und ihr Verhältnis zur Regierung schaffen. Das Volk hat das Recht, dies nachdrücklich zu fordern.

Der Anlaß selbst ist nicht das Entscheidende. Die Regierungsorgane haben immer und werden immer den Druck auf ihre Untergebenen in ihrem Sinne ausüben, das ist des Landes so der Brauch. Die „Vaterlandspartei" wird entweder bald abwirtschaften, wenn sie allein bleibt, oder sie wird das Sammelbecken für die Reaktion werden, wenn sich die Reaktionsparteien in ihr verschmelzen. Daß die Reaktion, gleichviel in welcher Parteiform, die Förderung durch die Regierungsorgane erhält, bleibt bestehen, selbst wenn die Regierungsspitzen etwa anderbeutige Erklärungen abgeben sollten. Das preußisch-deutsche Bureaukratiesystem krempelt keine Worte von oben um. Ebenso bleibt das System im Militarismus das gleiche, das besagt klar genug die Rede des Kriegsministers. Wir hoffen, daß bei Fortsetzung der Debatte am Dienstag die Unabhängige Sozialdemokratie das Notwendige von der Reichstagstribüne herab ausspricht, was unter den bestehenden Verhältnissen eben nur dort gesagt werden kann.

•

Verlauf der Reichstagssitzung.

122. Sitzung. Sonnabend, den 6. Oktober 1917.

Interpellation der Sozialdemokraten:

Ist dem Reichskanzler bekannt, daß im Heere von Vorgesetzten eine eifrige Agitation zugunsten alldeutscher Politik und namentlich auch gegen Beschlüsse des Reichstages betrieben wird? Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um diesem Mißbrauch der Dienstgewalt durch die Vorgesetzen Einhalt zu tun?

Verbunden hiermit wird der Passus aus der zweiten sozialdemokratischen Interpellation: Ist dem Reichskanzler bekannt, daß das Vereins- und Versammlungsrecht von den stellvertretenden Generalkommandos einseitig zugunsten alldeutscher Propaganda gehandhabt wird? Was gedenkt er gegen diese Mißbräuche zu tun? Die Interpellation begründet

Abg. Landsberg (Soz.):

Im Frieden ist als Grundsatz verkündet worden, daß das Heer dem Getriebe der politischen Parteien fern bleiben solle. Anscheinend ist dieser Grundsatz jetzt aufgegeben, allerdings nicht gänzlich. Ein Zirkular der Sozialdemokraten Groß-Berlins an die „Vorwärtsleser im Waffenrock" wurde verboten, ebenso eine Broschüre des Abg. Stücklen. Aber die Verbreitung von Bestrebungen, die der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstehen, werden durch unzählige Kanäle ins Heer geleitet, und zwar unter hervorragender Mitwirkung derselben Behörden, die stets die Notwendigkeit der politischen Jungfräulichkeit des Heeres betont haben. Die Politisierungsbestrebungen im Heere nehmen überhand seit dem 19. Juli, den ich als einen Ruhmestag des Reichstags betrachte. Zwischen den höheren Militärbehörden und der neugegründeten Vaterlandspartei besteht ein Zusammenwirken

zur Verkümpfung eines Verständigungsfriedens.

Wüßte man nicht, daß der alldeutsche Verband hinter dieser Parteigründung steht, man würde es an der Anmaßung merken, die in ihrem Namen liegt. An ihrer Spitze stehen Männer, die bisher unter dem Kriege noch nicht zu leiden gehabt haben. (Sehr richtig! links.) Sicherlich ist es nicht eine Partei von Kriegsinteressenten. (Widerspruch links.) Diese Fragen, sollen denn die Opfer des Krieges nutzlos gebracht sein. Welche Frage! Sie sind gebracht für die Rettung Deutschlands. Unsere Liebe zum Vaterlande geht so weit, daß wir nicht Kurland und die Erzbecken von Longwy und Briey nachjagen wollen auf die Gefahr hin, Deutschland zu verlieren. Mit den eroberten Ländern hätten wir auf beiden Seiten eine widerwillige, fremdsprachige Bevölkerung, denn das Talent zu moralischen Eroberungen haben wir nicht. (Sehr richtig! links.) Wir vergessen immer die Kleinigkeit, daß auch andere Völker eine Seele haben. Auch sollten die Vaterlandsfreunde bedenken, daß wir uns in Zukunft von erhaltenen können durch Sprengung der jetzt gegenüberstehenden Koalition, die Annektionen im Osten und Westen aber wären das beste Mittel zur ihrer Festigung. — Die leitenden Männer jener Partei lassen sich zum Eintreten für die Verlängerung des Krieges dadurch nicht abhalten,

daß der Krieg ihnen Vorteile bringt.

(Unruhe rechts.) Die Kriegsgewinne dieser Herren gestatten ihnen, eine Zeitung nach der anderen zu kaufen, um so eine Atmosphäre in Deutschland zu erzeugen, in der der richtige Kriegsgewinnler sich erst wohl fühlt. Die Herren haben die Erfahrung gemacht, daß man mit Ellbogenstößen weiterkommt, als mit Zartheit des Gemüts, und diese Praxis übertragen sie ins politische Leben. Daher die ungeheure Reklame, daher aber auch die gelegentliche Drohung, keine Kriegsanleihe zeichnen zu wollen, wenn die Regierung nicht gewisse Erklärungen abgibt. (Hört, hört!)

Diese Männer rufe ich zur Scham auf.

(Lebh. Beifall links.) Mit der Gründung der Vaterlandspartei bezwecken sie ganz dasselbe, wie mit dem Ankauf der Zeitungen, mit der Schaffung eines Millionenfonds zur Verfälschung des öffentlichen Geistes. (Zurufe rechts: Unerhört! Links: Sehr wahr!) Die Vaterlandspartei hat noch nichts anderes begonnen als unseren Zwist. Wir wollen schon im Kriege die Freiheit des deutschen Volkes vermehren, weil die Demokratie die Quelle der größten, gewaltigsten Kraft ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Eine Flut von persönlichen Beschimpfungen hat sich aus den Kreisen dieser Partei über den Reichstag ergossen. Die Abgeordneten werden Feigling genannt, bezahlte Agenten des Auslandes. Diese Menschen können eben nicht begreifen, daß man sich politisch für etwas anderes betätigt, als für Geld. Die Deutsche Tageszeitung, das Blatt, auf dem das moralische Minimum liegt (stürmisch: Unterbrechungen rechts, lebhafte Zustimmung links), nennt die Reichstagsmehrheit nicht anders als „die Hungerfriedensmehrheit". Es scheint beinahe, daß einem erheblichen Teile dieser Interessenten der Gedanke gar nicht unangenehm ist, daß das deutsche Volk hungert. (Stürm. Unterbrechungen rechts, Zurufe: Schamlos!) Ihre Bestrebungen sind nicht die des deutschen Volkes, das deutsche Volk will die Atmosphäre des Hasses dieser drei Jahre bannen, nicht zuletzt zum Wohle des Volkes selbst. Das deutsche Volk will den Frieden die Bahn brechen. Die Vaterlandspartei lebt ausschließlich davon, daß unsere Feinde keinen Frieden der Verständigung schließen wollen. In dem Augenblicke, wo das geschieht, gibt es keinen Reichskanzler, der sich nicht an den Verhandlungstisch setzt. Um den Preis einer Verstümmelung, einer Vergewaltigung Deutschlands wollen wir den Frieden nicht. Aber das Joch, gegen das wir uns wehren, wollen wir auch anderen nicht auferlegen. Die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171008-12/fragment/page=0001

Auffassung, daß wir unbedingt eine Kriegsentschädigung haben müssen, nenne ich Mammonismus. Wir wünschen die Agitation nicht eingeschränkt, aber was wir uns verbitten, ist die

Förderung dieser Agitation durch die Behörden.

(Lebh. Zustimmung links.) Aus allen Teilen Deutschlands dringen lebhafte Klagen hierüber zu uns. Der Redner führt eine große Reihe von Beispielen an, die zeigen, daß **Angestellte und auch Soldaten von den Vorgesetzten bearbeitet werden zum** Eintritt in die Vaterlandspartei, daß Soldaten zum Besuch der Versammlungen **gezwungen** werden. Die stellvertretenden Generalkommandos verschaffen sich Redner für „aufklärende" Vorträge für den kommenden Herbst. **Das** stellvertretende Generalkommando des 6. Armeekorps sagt, die Redner brauchen ihre Vorträge nicht selbst auszuarbeiten, es stehen eine größere Reihe von Vorträgen zur Verfügung Und zum Schlusse heißt es bei dieser Verfügung: **Die geplante Tätigkeit kann gegebenenfalls als vaterländischer Hilfsdienst betrachtet werden.** (Gr. Unruhe links und im Zentr. Rufe: Unerhört!) Es ist wirklich Zeit, daß wir aus der

Stickluft des Belagerungszustandes herauskommen,

er erzeugt eine Korruption, die das Schlimmste für die Zukunft erwarten läßt. (Zustimmung links.) Wie in der Heimat, so wird auch an der Front verfahren. Man sagt immer, die Soldaten sollen ihre Wünsche zum Frieden aussprechen. Aber in den Versammlungen, zu deren Besuch sie gezwungen werden, dürfen sie nichts sagen, ihre Wünsche dürfen sie dort nicht äußern. In den Vorträgen heißt es, **das ewige Friedensgequatsche muß aufhören.** Scheidemann und Erzberger sind politische Hungerleider, Bethmann Hollweg ein unfähiger Staatsmann. Militärische Vorgesetzte haben das mit angehört, die Vortragsserie ist aber nicht abgebrochen, wohl aber ist dem Vorwärts verwehrt worden, den Vortrag abzudrucken. (Lebh. Hört, hört! Zuruf: Wer bezahlt diese Vorträge?) Ich weiß es nicht, Graf Posadowsky hat gestern angedeutet, **man würde erschrecken, wenn man erfahren würde, für was für Zwecke das Geld des Reiches verpulvert wird.** Ein Hauptmann erklärt in einem solchen Vortrage jeden für einen Vaterlandsverräter, der für eine Verständigung mit England eintritt, ein anderer wünscht, daß Erzberger und Scheidemann ins Zuchthaus kommen. Ein Regimentskommandeur spricht von „Scheidemann und den anderen Lümmeln". Den Vogel abgeschossen hat ein Hauptmann vom Ersatzbataillon des 87. Infanterieregiments, der seinem Erstaunen Ausdruck gibt, daß sich noch niemand gefunden hat, der Scheidemann glatt über den Haufen geschossen habe. (Hört, hört!) **Was mögen die Untergebenen solcher Männer**

unter ihrer Tyrannei zu leiden haben.

Für diese Exzesse mache ich selbstverständlich niemand in leitender Stellung verantwortlich. (Oho! links.) Aber dies ganze sogenannte Aufklärungsorganisation ist von oben angeordnet. Sie richtet sich gegen den Gedanken, daß der Friede beherrscht sein muß von dem Grundsatze: keine gewaltsamen Gebietsabtretungen. Auch der Soldat hat das innige Verlangen nach Frieden, die Annektionswut nimmt im Quadrat der Entfernung von der Front zu. Interessant ist, daß seit dem 19. Juli das Interesse der Soldaten an der sozialdemokratischen Presse gewaltig gewachsen ist. Diese Agitation ist nun geeignet, in dem Soldaten die Empfindung hervorzurufen, daß unter ihren **Vorgesetzten Männer sind, die den Krieg über den Zweck der Verteidigung hinaus verlängern wollen.** Darin erblicke ich eine ungeheure Gefahr. Das Heer muß wissen, daß es zur Erhaltung und Verteidigung des Landes kämpft und **nicht einen Tag länger zu kämpfen hat, wenn Deutschland gesichert ist.**

Der Kriegsminister wird sich zweifellos als Gegner dieser Agitation bekennen, aber sie wird mit seinem Wissen betrieben. Eine Broschüre, die er mit einem Geleitwort versehen hat, ist von der ersten bis zur letzten Zeile eine Polemik gegen den **Reichstagsbeschluß** vom 19. Juli. (Hört, hört!) Die Politik **der Reichstagsmehrheit** ist auch die des Reichskanzlers, und ich glaube nicht hinzufügen zu müssen: wie ich sie auffasse. (Heiterkeit.) Denn mit klaren Worten hat der Reichskanzler in seiner Antwort auf die Papstnote sich auf die Frieden-Entschließung des Reichstages bezogen. Er kann und muß beweisen, **daß** er führen will und führen kann. Von seiner Stellungnahme wird für das Wohl des Reiches unendlich viel abhängen. (Lebhafter Beifall.)

Kriegsminister von Stein:

Eine Agitation zu politischen Zwecken wird weder von mir noch von der Heeresleitung in der Armee geduldet. (Lachen links.) Es hat schon große Mühe gekostet, die paar unbedeutenden Beispiele zusammenzusuchen. (Gr. andauernde Unruhe links.) Eine Aufklärung in der Armee hat von Anfang an stattgefunden und findet noch statt. Als der frische Bewegungskrieg zum Stehen kam und die Lust in der Heimat größer und schwerer wurde, mußte die Aufklärung sich weitere Ziele stecken. Der Soldat mußte aufgeklärt werden über die Ursachen des Krieges, aber auch über die Folgen eines verlorenen Krieges. Die Verhältnisse in der Heimat, die er im Urlaub wiedersah, **mußten ihm klargelegt werden, sonst hätte er sein Land gar nicht verstanden.** Unsere Armee hungerte nach geistiger Nahrung und die ist ihr im reichen Maße zuteil geworden: Vorträge, Musik, Theater, Kino, Druckschriften und Heereszeitungen. In den Richtlinien ist nicht ein Wort von Politik zu finden. (Lachen links.) Nun verhehle ich mir nicht, **daß viele impulsive Naturen die Grenze überschritten haben.** Dagegen ist sofort eingeschritten worden. Vor kurzem hat der Feldmarschall von Hindenburg in unzweideutigen Worten ein Lügengewebe zerstört, das sich um seine Person gewoben hat. Jetzt wird verbreitet, es bestünden weitgehende Differenzen zwischen ihm und Ludendorff. (Unruhe links. Zurufe: Das ist keine Antwort auf die Interpellation! Glocke des Präsidenten.) Auch diese Lüge hat kurze Beine. (Erneute Unruhe u. Zurufe: Antworten Sie auf die Interpellation!) Vor wenigen Tagen kam mir ein Blatt **An die deutschen Frauen** zu Händen, worin unsere alten toten Helden aus dem deutsch-französischen Kriege mit Schmutz beworfen werden. (Pfui! rechts.) Die Führer des jetzigen Krieges werden darin verdächtigt, als ob sie persönliche Interessen an der Fortführung des Krieges hätten. (Unruhe links. Zurufe: Wir wollen das Flugblatt sehen, wer hat es herausgegeben?) Das feindliche Ausland sucht Zwiespalt und Schranken in unserem Volk hervorzurufen, wie seit Jahrhunderten, wenn wir mit Waffengewalt nicht bezwungen werden konnten. (Erregte Zurufe links. Abg. Schöpflin wird zur Ordnung gerufen.) Wo Mißgriffe vorgekommen sind, ist dagegen eingeschritten worden. Ich gehe ohne weiteres zu, daß diese Aufklärungstätigkeit **von vielen unteren Stellen nicht richtig gehandhabt worden ist.** Ihr Zweck ist allein, in unserer Armee den Geist zu erhalten, mit dem sie in den Feldzug eingetreten ist. (Bravo! rechts.) Eine Armee, der der Siegeswillen und die Siegeszuversicht fehlt, ist ein unbrauchbares Instrument. (Sehr richtig! rechts.) Man kann sie beiseite legen und dem Feind das übrige überlassen. (Lachen links.) Da wir das aber nicht wollen und Sie alle es auch nicht wollen, so werden wir eben diese Aufklärung **in dem Sinne** in unserer Armee fortsetzen. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Ich habe den Ausführungen des Kriegsministers nur wenig hinzuzusetzen. (Hört, hört! links.) Es steht nur die Interpellation über die Agitation im Heere auf der Tagesordnung **und diese Frage** hat nach meiner Ansicht der Kriegsminister beantwortet. (Rufe links: Nein, nein!) Dann gehen unsere Ansichten auseinander. (Lebh. Zustimmung links.) Bitte warten Sie ab, was ich zu sagen habe, ehe Sie mir mit so lauter Kritik ins Wort fallen. Der Reichskanzler ist sich mit dem Kriegsminister und allen militärischen Stellen darüber **einig, daß die Politik nicht in die Armee hineingetragen werden darf.** Das will niemand, weder von rechts, noch von links, das unterstreiche ich. Damit ist der Rahmen für die Aufklärungstätigkeit, von der der Kriegsminister sprach, gegeben. Ich gebe zu, daß die Grenze flüssig ist, die Gegenstände berühren sich, es wird von dem Urteil und dem Takt derjenigen, die die Aufklärung ausüben, abhängen, die Grenze innezuhalten und es wird von den vorgesetzten Stellen abhängen, dafür zu sorgen, daß gegen Mißbräuche vorgegangen wird. Daß das geschieht und geschehen soll, hat der Kriegsminister zugesagt.

Ich habe den Begründer der Interpellation nicht dahin verstanden, daß er den Beamten die freie politische Gesinnung und Betätigung bestreiten will, das würde auch durchaus im Widerspruch zu den Traditionen seiner Partei liegen. Den Beamten muß es freistehen, innerhalb der Grenzen, die ihm durch seinen Treueid und seine Beamtenpflicht auferlegt sind, ihre politische Gesinnung zu betätigen. Eine Grenze ist gezogen — und auch hier spreche ich im Namen des Reichskanzlers: **ein Beamter darf seine amtliche Stellung nicht dahin mißbrauchen, daß er auf Personen, die ihm unterstellt sind oder von ihm abhängig sind oder sich von ihm abhängig fühlen, einen Druck in politischer Beziehung ausübt.** (Bravo!) Ich gehe zu, daß hier und da ein solcher Verstoß vorkommen mag. (Zuruf links: Hier und da?) In dem Umfange, wie Herr Landsberg anführte, sind Mißbräuche zweifellos nicht vorgekommen. Nach dem Wortlaut der Interpellation lag für den Reichskanzler kein Anlaß vor, die Interpellation selbst zu beantworten. (Lebhafter Widerspruch links.) Die Stellung des Reichskanzlers zu den Kriegszielen ist ein Teil der großen Debatte im Laufe der nächsten Woche. Aus den Worten des Herrn Landsberg klang aber noch die Forderung, der Reichskanzler möge gegen die Vaterlandspartei einen Bannstrahl erlassen. (Rufe links: Nein, nein!) Dann brauche ich darüber kein Wort mehr zu sagen und stelle fest, daß ein solcher Wunsch nicht ausgesprochen worden ist. Ich glaube das, was ich gesagt habe, kann Sie beruhigen. (Lebh. Widerspruch links.) **Wenn Sie zu den Männern, die an der Spitze der Heeresverwaltung und der Reichsleitung stehen, allerdings nicht Vertrauen haben (lebh. Zurufe links: Nein, nein! das haben wir nicht!), so hat es keinen Zweck, daß ich hier noch ein Wort sage.**

Abg. Trimborn (Zentr.):

Der Herr Kriegsminister meinte, es wäre nicht allzu viel Material für die Interpellation vorgebracht. Ich finde, daß eine Fülle solchen Materials vorgelegt worden ist. (Sehr wahr!) Daß Mißbräuche vorgekommen sind, hat er zugegeben. Auch an uns sind zahlreiche Nachrichten über **Beginstigung alldeutscher Propaganda durch militärische Instanzen gelangt.** (Hört, hört!) Nach unserer Auffassung hat im Heere jede amtliche Agitation für irgendeine Partei zu unterbleiben. Das wird zur Politisierung der Armee führen und das wäre das größte Unglück für die Armee, für das Vaterland und die Monarchie. Eine politische Agitation darf aber auch nicht **aus der Armee heraus ins Volk getragen werden, wie das vielfach durch gewisse Telegramme geschehen ist.** (Sehr wahr!) Hindenburg gehört dem ganzen Volke, keiner einzelnen Partei. (Lebh. Beifall i. Zentr. u. links.) Jede Aufklärung im Heere, von der der Kriegsminister sprach, muß sich fernhalten von Politik, insbesondere von polemischer Politik. **Die „impulsiven Naturen, von denen der Kriegsminister sprach, scheinen sehr zahlreich in der Armee zu sein.** (Sehr gut!) Die Agitation für die Vaterlandspartei scheint auch in die Armee überzugreifen. Schon der Name „Vaterlandspartei" muß verletzend auf unsere Parteien wirken. (Sehr richtig!) **Daß eine solche Agitation von der Regierung unterstützt wird, müssen wir uns verbitten. (Bravo! i. Zentr. und links.) Die Vaterlandspartei ist ausdrücklich zur Bekämpfung der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli gegründet worden, die** für Verständigung und dauernde Versöhnung der Völker eintritt. Die Vaterlandspartei ist einfach eine Oppositionspartei gegen die Regierung, und ihre amtliche Unterstützung muß die Regierung als zwiespältig erscheinen lassen (Sehr wahr!), was wahrhaftig ihre Autorität nicht stützen kann (Sehr richtig!), weder im Inland noch im Ausland. Ich bin von meinen Freunden einstimmig beauftragt, zu erklären, **daß sämtliche Mitglieder der Zentrumsfraktion des Reichstages es ablehnen, der Vaterlandspartei beizutreten.** Das Gebot der Stunde ist nicht Spaltung sondern Einigung. (Bravo!) Die Grundlage ist gegeben in der deutschen Antwort auf die Friedensnote des Heiligen Vaters und wir stellen uns einmütig auf diesen Boden, weil wir hoffen, so einen Frieden zu erreichen, wie ihn unser Volk erwartet. (Lebh. Beifall i. Zentr. u. links.)

Abg. Dr. Thoma (Natl.):

Wir stehen der Vaterlandspartei ruhig, objektiv und neutral gegenüber. Wir sind sachlich und historisch mindestens so sehr Vaterlandspartei wie irgendeine andere Partei. In den rein vaterländischen Zielen wissen wir uns einig mit dem, was die Vaterlandspartei erstrebt. Das ist mit der einzige Grund, weshalb so viele Nationalliberale der deutschen Vaterlandspartei (Zurufe: Hereingefallen sind! Heiterkeit) beigetreten sind. Sie ist eine Organisation des Protestes, dagegen nicht, daß, sondern wie der Friede bisher angestrebt worden ist. (Unruhe b. d. Soz.) **Ich gebe zu, daß schon die Bezeichnung als Partei ein Mißgriff gewesen ist.** Im übrigen mißbilligen wir jede amtliche Beeinflussung irgendeiner Partei und sind uns einig mit den Interpellationen und dem Vorredner, daß Abhilfe hier dringend nottut und energischer hätte zugesagt werden müssen. (Bravo!) Das Recht der Kommandobehörden allerdings, den Siegeswillen der Truppen durch aufklärende Vorträge usw. zu erhalten, muß gewahrt bleiben, aber es muß jede Parteipolitik dabei vermieden werden. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. v. Graefe (Kons.):

Es ist bisher nicht nachgewiesen, daß die Aufklärung der Regierung irgendwie parteipolitisch einseitig gewesen ist. Welche Partei ist denn durch diese Aufklärung bevorzugt worden. (Zuruf: die Alldeutschen!) Ja, was sind denn die Alldeutschen? Jeder, welcher Partei er auch angehört, wird von Ihnen als „alldeutsch" verfolgt, sobald er ein starkes nationales Deutschtum vertritt. (Lachen links.) Ich erinnere an den Abg. Traub, Bürgermeister Körte usw., **selbst Sozialdemokraten haben sich gegen den annektionslosen, entschädigungslosen Frieden, gegen den sogenannten Verzichtfrieden erklärt.** Alle Schimpfer im Alldeutschen müssten Sie (z. d. Soz.) Lassalle verurteilen, der anerkannt hat, daß in der Wirklichkeit in der Politik Macht vor Recht geht, solange nicht das Reich auch seinerseits hinreichend Macht hinter sich gesammelt hat. In ihrem Bestreben objektiv zu sein, geht mir die Regierung sogar zu weit, wenn sie z. B. auch **die Broschüre des Abg. Dr. David, die seine Stockholmer Rede enthält, offiziell an die Front verschickt,** während sie am Schluß eine energische Propaganda für den Verzichtfrieden enthält. Auch der Vorwärts mit dem Artikel Dr. Davids, der die schwersten Angriffe gegen die Vaterlandspartei enthält, geht ungehindert an die Front. (Zuruf: Wird das amtlich verbreitet?) Das Ansehen des Reichstags wird nicht gefördert durch Resolutionen, **bei denen jeder die Einschränkung machen muß „wie ich sie auffasse".** (Heiterkeit rechts.) Die Vaterlandspartei ist aus dem Volke hervorgewachsen und diese Bewegung will man unterdrücken. Aber nach dem erfreulichen Auftreten des Kriegsministers wird die Regierung das Volk hinter sich haben und die sieghafte Stimmung vom 4. August wird wieder lebendig werden und das deutsche Volk wird einen glücklichen, siegreichen Frieden erringen. (Beifall rechts.)

Abg. Haas (Freis. Vp.):

Gegenüber der Fülle von Material, das der Abg. Landsberg vorgebracht hat, sagt der Kriegsminister einfach: Ach was, das sind ein paar zusammengesuchte Fälle, ohne jedes Wort der Ablehnung dieser Agitation. Da muß sich im Hause Mißtrauen zeigen. Freilich der Kriegsminister ist ein sehr unpolitischer Mann, er schreibt eine Einleitung zu einem Buch gegen den Verständigungsfrieden in demselben Augenblick, in dem der Reichskanzler hier eine Erklärung für einen solchen Frieden abgibt. (Hört, hört! links.) Die Vaterlandspartei und auch Herr v. Graefe spielten mit dem Gedanken einer Reichstagsauflösung. Da würden die Herren etwas erleben **wenn Sozialdemokraten und Zentrum gemeinsam in den Wahlkampf eintreten würden.** (Lebh. Zust. links.) **Wir protestieren gegen das Zulassen der alldeutschen Agitation im Heere und verlangen Klarheit vom Reichskanzler, wie er dazu steht. Die** alldeutsche Agitation läßt die vergiftenden Methoden aus der Zeit vor dem Kriege wieder aufleben, **wo man von den Sozialdemokraten als von vaterlandslosen Gesellen sprach.** Die Zukunft wird demokratisch sein, und die Regierung sollte auf dem Wege dazu führen und nicht sich drängen lassen. Unsere Soldaten müssen wissen, daß sie nicht für uferlose Ziele kämpfen, sondern daß wir bereit sind

zum Frieden ohne Eroberungen.

Sind die Feinde nicht zum Frieden bereit, so werden unsere Leute noch jahrelang im Kampfe ausharren, nicht aber für überspannte Eroberungsziele. Die Aufstellung der Vertrauensleute bei jeder Kompagnie, **die jedes Wort der Leute dem Hauptmann hinterbringen sollen,** muß jede Kameradschaftlichkeit untergraben. (Lebh. Zust. links.) Die frivole Kriegshetze der Alldeutschen verbreitet von dem deutschen Volke im Ausland ein vollständig falsches Bild. Die maßlose Agitation der Alldeutschen schädigt auch den Frieden im Innern, den wir brauchen, wo der Feind vor den Toren steht. (Lebh. Beifall links.)

Es läuft ein Antrag Haase und Genossen (U. Soz.) ein:

„Der Reichstag wolle beschließen: „Die Behandlung der Interpellation durch die Regierung entspricht nicht der Auffassung des Reichstages."

Ein Vertagungsantrag wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. Tagesordnung: Kleinere Vorlagen, Fortsetzung der eben abgebrochenen Debatte, Interpellation über das Vereins- und Versammlungsrecht in Verbindung mit den Fragen der Schutzhaft, des Belagerungszustandes und der Zensur. — Schluß 5½ Uhr.

Politische Uebersicht.

Zensur und Zeitungsverbote.

Der Hauptausschuß des Reichstages besprach nochmals die Zensurfrage. Abg. **Heine** (Soz.) verwies auf die wiederholten Beschlüsse des Reichstages und erklärte, der Reichstag solle von der Beschlußfassung absehen, wenn er nicht gleichzeitig die Kraft habe, den Beschlüssen **Geltung** zu verschaffen. Die Freiheit der Presse werde durch den verschwommenen Begriff „Interesse der Kriegführung" bei Ausübung der Zensur unterbunden. Vor allem müsse die Erörterung der Kriegsziele und Friedensziele frei sein. Redner begründete sodann den Antrag, wonach das **Verbot** sich bei einer täglich erscheinenden Zeitung auf nicht mehr als zwei Tage, bei einer Zeitschrift nicht auf mehr als zwei Nummern erstrecken darf. Die in einem Antrage des Zentrums, der Fortschrittler und der Nationalliberalen niedergelegten Grundsätze für die Handhabung der Zensur seien unzulänglich. Diese Grundsätze lauten: „Die den Militärbehörden auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes zustehenden Befugnisse beschränken sich der Presse einschließlich des Buchverlags gegenüber auf die Interessen der Kriegführung. Im übrigen unterliegt die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele, Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik nicht der Zensur. Verbote von Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur aus Gründen der Gefährdung der Kriegführung, nur durch die mit der vollziehenden Gewalt ausgestatteten Militärbefehlshaber und in der Regel nur nach Anhörung des Herausgebers über die Gründe des beabsichtigten Verbots erfolgen." — Nach einiger Debatte wurde der gemeinsame Antrag als durch die Augustbeschlüsse erledigt erklärt, der sozialdemokratische Antrag auf Befristung des Verbots von Zeitungen und Druckschriften angenommen mit der Aenderung, daß die Höchstgrenze beim Verbot einer täglich erscheinenden Zeitung auf drei Tage festgesetzt wurde.

Man wird nun abwarten, ob bei den jetzt bevorstehenden Verhandlungen auch der Reichstagsdiesen Antrag beschließt und vor allem, ob er die Regierung zwingen wird, ihn beizutreten. Bisher hat sich der Reichstag mit seinen Beschlüssen in den Zensurfragen nur lächerlich gemacht, denn die Zensur hat sich einfach nicht um sie gekümmert. Selbst der Abgeordnete Erzberger mußte in der letzten Sitzung wieder feststellen: „Die Zensur ist immer schlimmer, ist jetzt unerträglich geworden."

Erzberger schloß seine Ausführungen: „Auf dem Gebiete der Zensur ist es nicht besser, sondern schlechter geworden. Die Zensur verbietet heute schon die Verkündung der Lehren des Christentums. Ein Buch dieser Art hat das 19. Armeekorps verboten, wegen seines pazifistischen Inhalts. Es ist ein Skandal, daß irgend ein Major solche Werke verbieten kann. Das ist Anastmiezerei von Leuten, die noch keinen Schuß Pulver gerochen haben."

Was wird der Reichstag tun?

Ausländer im deutschen Heere.

Am 5. Oktober wurde im Hauptausschuß des Reichstages das Kapitel der Heranziehung der Ausländer zur Dienstpflicht im deutschen Heere behandelt — Der Abg. Kunert hat über dieses Thema in sechs verschiedenen Sitzungen, und zwar im Mai, Juni und Juli d. J. im Plenum des Reichstages gesprochen. Er konnte sich dabei auf ein reichliches Material, das 150 Fälle befaßte, berufen. In der 110. Sitzung im Mai 1917 beantragte die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten, daß die militärische Entlassung der zu Unrecht in das deutsche Heer eingestellten Ausländer — nach außerster Beschleunigung zur Prüfung über Staatsangehörigkeit — ungesäumt veranlaßt werde. Dieser Antrag, der von Kunert begründet wurde, ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden. In der 110. Sitzung kam es zu keiner Debatte, nur Herr Stücklen machte die tiefsinnige Bemerkung, daß es sich bei diesen Ausländern um Leute handele, die nicht deutsche Staatsangehörige sind und in das deutsche Heer eingestellt wurden. In den meisten Fällen handele es sich um Leute, die, von ausländischen Eltern stammend, in Deutschland geboren sind. Die Zivilbehörden behaupten nun, daß die Nachprüfung der Identität gewisse Schwierigkeiten bereite. Das war damals alles.

Am 5. Oktober verlief die Sache anders und besser. Nach einer sehr lebhaften, scharfen und sachlichen Debatte wurde nachstehende Entschließung des Ausschusses mit großer Mehrheit angenommen.

„Die Regierung ist zu ersuchen, frühere Angehörige von feindlichen Staaten, die nicht Deutsche geworden sind, vom deutschen Heeresdienst frei zu lassen und — soweit sie bereits in das deutsche Heer eingestellt sind — zu entlassen. Ihre Arbeitskraft ist auf Grund des Hilfsdienstgesetzes zu verwenden."

Ein weitergehender Antrag des Abg. **Kunert** forderte: „Der Hauptausschuß beschließt: Der § 11 des Reichsmilitärgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juli 1913 sowie der § 21, Ziffer 2 der deutschen Wehrordnung, wodurch Staatslose zur Wehrpflicht gezwungen werden können, sind zu streichen."

Dieser Antrag wurde abgelehnt.

In der Debatte wurde durch mehrere Generale und den Abg. Roeßke die bisherige Praxis der Einziehung der Ausländer und Staatslosen in das deutsche Heer gebilligt und verteidigt, obschon besonders Ministerialdirektor Kriege die Schwäche und Unhaltbarkeit der Regierungsposition zu erkennen schien.

Dagegen wiesen vom juristischen, militärischen und politischen Standpunkte, mit bestem Material versehen, die Abgeordneten Gothein für den Freisinn, Rießer für die National-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171008-12/fragment/page=0002

liberalen, Pfleger für das Zentrum, Heine und Landsberg für die abhängige Sozialdemokratie, sowie Genosse Kunert für die Fraktion der Unabhängigen, die Unhaltbarkeit der Regierungsanschauung nach. Dieser Nachweis ist um so schmerzlicher für die Regierung, da die genannten Redner die Vertreter einer großen Mehrheit nicht nur im Hauptausschusse, sondern auch im Reichstage selbst sind.

Von den Elsässern beteiligten sich an der Debatte der Abg. Hauß, von den Polen Abg. Seyda, die gleichfalls mit guten Gründen der Regierung zu Leibe gingen.

Jedenfalls ist es das Verdienst der Fraktion der Unabhängigen, diese wichtige Angelegenheit rechtzeitig angeschnitten zu haben.

Gegen Belgiens Unabhängigkeit.

Das Wolff-Bureau ist ein offiziöses Organ, und daß es Veröffentlichungen nicht bringen wird, die der Politik der Regierung zuwiderlaufen, daran zweifelt niemand. Nun veröffentlicht dieses offiziöse Organ einen Kommentar zu den feindlichen Luftangriffen auf deutsche Städte, in dem Bezug genommen wird, auf einen Aufsatz der Daily News über die deutschen Luftangriffe auf London, in dem Vergeltungsmaßregeln verworfen und der Uebergang der belgischen Küste in englischen Besitz als einzige Möglichkeit der wirksamen Verteidigung bezeichnet wird. Was die englische Zeitung als Ziel der englischen Strategie fordert, fordert nun das Wolff-Bureau als deutsches Friedensziel. Es schreibt:

„Aus demselben Grunde, aus dem England die flandrische Küste besitzen zu müssen glaubt, ist es für Deutschland eine unabweisbare Forderung der nationalen Selbstverteidigung, **daß Belgien in Zukunft nicht mehr in die politische und militärische Abhängigkeit der Ententemächte gerät.**“

Zunächst muß gesagt werden, daß es eine völlig unzulässige Auslegung der Aeußerung der englischen Zeitung ist, wenn man ihr unterstellt, sie trete für eine Annektion der belgischen Küste durch England ein. Das ist vielmehr schon alldeutsche Methode.

Vor allem aber ist es hochinteressant, daß das offiziöse Telegraphenbureau Belgien nicht wieder in seinen Stand als unabhängigen Staat eingesetzt wissen will, sondern daß es dauernd im bestimmten Abhängigkeitsverhältnis von Deutschland bleiben soll. Sind das vielleicht die Bedingungen, unter denen man auf eine Annektion Belgiens verzichten will? Das hieße, die offene Annektion verwerfen zugunsten einer versteckten, ganz abgesehen davon, daß diese Forderung des Wolff-Bureaus ebensogut auf die Forderung einer offenen Annektion Belgiens gedeutet werden kann. Das ist eine sehr intime Gemeinschaft mit den Zielen der Alldeutschen. Das Wolff-Bureau hat also zum Ausdruck bringen wollen, daß es mit den Methoden und Zielen der Alldeutschen in tätigem Einverständnis ist.

Wer aber ist der Verfasser dieses Kommentars? Reine Redaktionsarbeit des Wolff-Bureaus, wird man sagen, wie seinerzeit bei der Veröffentlichung der Münchner Neuesten Nachrichten. Wie steht es aber mit dem Einverständnis der Regierung? Es ist kein Zweifel, daß das offiziöse Telegraphenbureau mit seiner Veröffentlichung neue Klarheit über die wahren Absichten der Regierung gebracht hat.

Giesberts in die Regierung?

Eine Berliner Meldung besagt, daß der Zentrumsabgeordnete Arbeitersekretär Giesberts in die Regierung eintreten solle, und zwar als Unterstaatssekretär in das neue Reichswirtschaftsamt.

Reform des Gemeindewahlrechts in Preußen.

Die offiziöse Neue politische Korrespondenz teilt mit, daß eine Reform des Gemeindewahlrechts in Preußen, mit der notwendigen Beseitigung der Dreiklassenwahl zwar geplant sei, aber nicht mehr dem jetzigen Abgeordnetenhause, sondern erst dem auf Grund des gleichen Wahlrechts neugewählten zugehen werde. Wenn es nur stimmt! Ob die Reform freilich das gleiche Wahlrecht für die Gemeinden bringen wird, steht sehr dahin.

Kleine politische Nachrichten.

Zur Kabinettskrise Schwedens wird berichtet, die schwedische Arbeiterpartei habe beschlossen, den Eintritt in ein Koationsministerium abzulehnen.

Rußland.

„Es lebe der internationale Friede!“ Mit diesem Rufe wurde die Demokratische Konferenz i Petersburg am Sonnabend geschlossen. In der letzten Sitzung erklärte der Abgeordnete **Dan**, daß die Konferenz nicht schließen könne, ohne sich über den Krieg auszusprechen. Deswegen schlug er im Namen der minimalistischen Sozialistenpartei und der Demokraten vor, einen Appell an die Demokratien der ganzen Welt zu richten. Dieser Appell fängt mit der Feststellung an, daß Rußland gezwungen sei, Krieg gegen zwei Fronten zu führen, nämlich gegen den äußeren Feind und den inneren Feind, d. h. gegen die Gegenrevolution, die das Unglück des Vaterlandes auszubeuten suche. Vor sechs Monaten habe die russische Demokratie eine Kundgebung erlassen, nach welcher die Notwendigkeit eines Friedens ohne Annektionen und Entschädigungen auf der Grundlage des Rechts der Völker, ihr Los selbst zu bestimmen, vorliege. An diesem Zeitpunkt, heißt es weiter, war die militärische Lage Rußlands verhältnismäßig günstig, und die gegnerischen Mächte suchten mit ihm einen ehrenvollen Frieden zu schließen. Aber Rußland wies den Gedanken eines Sonderfriedens mit dem deutschen Imperialismus ab und hoffte, daß die Völker der beiden Koalitionen sich erheben und ihre Regierungen zu einem allgemeinen demokratischen Frieden zwingen würden; indessen kam dieser Frieden nicht zustande, und seitdem hat sich die militärische Lage Rußlands beträchtlich verschlechtert ... Die russische Demokratie erklärt in dem Appell, daß sie mit allen Kräften dem Eindringen fremder Armeen in das Vaterland Widerstand leisten werde. Sie werde nicht dulden, daß man seine Gebiete an sich reiße, oder Hand an seine Unabhängigkeit lege. Aber die Sache der Verteidigung des revolutionären Rußlands sei auch die einer jeden Demokratie der Welt. Die Unterdrückung der russischen Revolution würde den Frieden bedeuten auf Kosten der Beraubung einer der kriegsführenden Länder und würde die Welt vor eine neue Rachedrohung und vor neue Rüstungen stellen. Deshalb richte die Demokratische Konferenz, indem sie den Gedanken einer internationalen sozialistischen Konferenz begrüßt, **einen Appell an die Demokratie der ganzen Welt, zu den Friedensanstrengungen der russischen Revolution beizutragen.**

Das Bureau der Konferenz beratschlagte über den Appell Dan. Nachher gab der Präsident folgende Erklärung ab: „Die Demokratische Konferenz bestätigt den festen Willen der ganzen russischen Demokratie, für **die Verwirklichung eines Friedens ohne Annektionen und Entschädigungen zu kämpfen,** und drückt den Wunsch aus, daß dieser Wille in einem Manifest ausgedrückt wird, dessen Wortlaut vom **Präsidium der Konferenz** festzustellen ist, **das zu diesem Zwecke durch Vertreter** aller an der Konferenz beteiligten Parteien ergänzt werden soll. — Die Konferenz nahm mit allen Stimmen gegen eine den Vorschlag an unter dem Ruf: **„Es lebe der internationale Friede!“**

Das Vorparlament,

das von der Demokratischen Konferenz eingesetzt wurde, trat im Petersburger Stadthause zusammen. Es wählte den sozialdemokratischen Führer Tscheidse zum Vorsitzenden. Das Bureau des Vorparlaments besteht aus zehn Mitgliedern, unter denen sich die früheren Minister Awksentiew und Tschernow sowie die Maximalisten Trotzky und Kamenew befinden.

In der Geheimsitzung legte Zeretelli den Gang der Verhandlungen der Abgeordneten der Demokratischen Konferenz, der Vertreter der Moskauer Industriellen und der Kadettenpartei mit den Regierungsmitgliedern dar. Er teilte mit, daß die Besprechungen zu einer schnellen Verständigung über alle Fragen geführt hätten, mit Ausnahme der Frage der Verantwortlichkeit des Kabinetts dem Vorparlament gegenüber, die eine lange, lebhafte Erörterung hervorgerufen habe. Man habe sich auf eine Entschließung geeinigt, in der es heißt, das Vorparlament sei offiziell von der Regierung zusammenberufen und habe das Recht, die Regierung zu interpellieren, die Antwort erteilen müsse. Die Regierung sei formell und juristisch dem Vorparlament nicht verantwortlich, aber **kein Kabinett könne ohne das Vertrauen des Vorparlaments bestehen.**

Die Koalitionsregierung gesichert? Petersburg, 7. Oktober. (Reutermeldung.) Die Mitglieder der Regierung berieten unter dem Vorsitz Kerenskis von Freitag 5 Uhr nachmittags bis Sonnabend 3 Uhr morgens mit Moskauer Industriellen, Abgeordneten der Demokratischen Konferenz und Kadetten. Eine Verständigung über die Bildung einer Koalitionsregierung wurde erzielt.

Rjetsch schreibt: Da die Konferenz den Grundsatz der Koalition bekräftigte, wollen wir alle anderen politischen Programme beiseite lassen und uns einigen, um den Staat vor einer Katastrophe zu retten.

Die Streikbewegung. Petersburg, 6. Oktober. Die Hauptversammlung des Eisenbahner-Ausschusses im Moskauer Bezirke hat der Ansage des Ausstandes zugestimmt. Der Moskauer Ausstandsausschuß hat an Kerenski gedrahtet: „Die Eisenbahner haben sechs Monate geduldig auf Befriedigung ihrer Forderungen gewartet und machen jetzt die Regierung für die weiteren Ereignisse verantwortlich.“ Darauf hat Kerenski am 5. Oktober, abends, den Ausschuß des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes verständigt, daß ihre Forderungen am 9. Oktober erfüllt werden würden, und ihn gebeten, den Ausstand abzusagen.

Petersburg, 7. Oktober. Das Streikkomitee der Eisenbahner erklärte, wie die Blätter melden, daß der Ausstand nach und nach durchgeführt werden soll. Wenn die Regierung nicht nachgeben würde, würde der Lebensmittelverkehr eingestellt werden, und später die Verproviantierung der Fronten.

Petersburg, 6. Oktober. Die Arbeiter sämtlicher Papierfabriken sind in den Ausstand getreten, der, falls er länger andauern sollte, ernstliche Schwierigkeiten für die rechtzeitige Einberufung der Verfassunggebenden Versammlung bringen würde infolge von möglichem Papiermangel für die bei diesen Fabriken bestellten Wahlzettel.

Finnland — unabhängige Republik.

Helsingfors, 7. Oktober. Folgende Gesetzentwürfe sind veröffentlicht worden: 1. Ein Entwurf, der Finnland zur Republik erklärt und 2. ein Entwurf, der die Beziehungen zwischen Rußland und Finnland regelt. Beide werden einer Prüfung durch den Landtag unterzogen werden. Der zweite Entwurf wird überdies der Genehmigung der Verfassunggebenden Versammlung Rußlands unterworfen werden. Es wird das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Der Präsident tritt sein Amt am 28. April an. Die allgemeine Dienstpflicht im ganzen Lande wird eingeführt. Finnland bleibt mit Rußland vereinigt, **hat aber eigene Verfassung, eigene Regierung und unabhängige gesetzgebende und vollziehende Gewalt.**

Das Ergebnis der finnischen Landtagswahlen am Ende des dritten Wahltages ist: Sozialdemokraten 45,7 Prozent, bürgerliche Parteien 54,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen.

Ums tägliche Brot.

Einige Kohlen mehr. Berlin, 6. Oktober. Im Hauptausschuß des Reichstages erklärte Staatssekretär Dr. Helfferich zur Kohlenförderung: Auf Vorstellung des Städtetages sei der in Ansatz gebrachte Normalbedarf an Hausbrandkohle für September und Oktober von 2,3 auf 2,8 Millionen Tonnen erhöht worden. Die Zufuhr sei im Gange.

Zur gerechten Verteilung der Kohlen.

Die klimatischen Verhältnisse der einzelnen Landesteile spielen bei der Belieferung mit Hausbrandkohlen eine wichtige Rolle. Nach dem statistischen Jahrbuch deutscher Städte für 1916 betrug die Lufttemperatur im Jahresmittel (Grad Celsius) in Königsberg 6,7, Breslau und Kiel 8,3, Halle (Saale) 9,0, Stuttgart 10,0, Köln 10,6, Charlottenburg 11,1. Die Zahl der Frosttage (Minimus unter 0 Grad) betrug in Königsberg 103, Breslau 80, Kiel und Halle 51, Stuttgart 49, Charlottenburg 47, Essen 31, Köln 21. Die Zahl der Eistage (Maximum unter 0 Grad) betrug in Königsberg 40, Kiel 25, Charlottenburg 19, Stuttgart 8, Essen 6, Köln 5, Halle 13. Die niedrigste Lufttemperatur betrug in Königsberg 20,4 Grad, in Köln nur 4,7 Grad. Im Durchschnitt des letzten Jahrzehnts dauerte der ostpreußische Winter reichlich sechs Wochen länger als im Rheinland. Hiernach bedeutet eine Verteilung der Hausbrandkohle, welche die erheblichen klimatischen Unterschiede unberücksichtigt läßt, eine schwere Benachteiligung mancher Provinzen, namentlich der Provinz Ostpreußen. Die Reichsregierung ist deshalb gebeten worden, bei der Oberverteilung der Hausbrandkohlen diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Gewerkschaftliches.

Das Nachtbackverbot.

Der Verband der Bäcker und Konditoren veranstaltete in Berlin eine öffentliche Versammlung, die von Meistern und Gesellen besucht war und die sich mit der Forderung auf dauernde Beseitigung der Nachtarbeit beschäftigte. Hetzschold referierte. Das Reichsamt des Innern war durch den Geheimen Regierungsrat Landmann vertreten, der sagte, wegen der Veränderungen im Reichsamt des Innern könne er den Zeitpunkt nicht angeben, wann der Gesetzentwurf über das Nachtbackverbot eingebracht werde. Er sei aber zu der Erklärung ermächtigt, daß in der Absicht der Regierung, dem Reichstag einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen, keine Aenderung eingetreten sei. Obermeister Schmidt versicherte, die überwiegende Mehrheit der Bäckermeister sei für die dauernde Beseitigung der Nachtarbeit. Mit Freuden begrüße er deshalb die Erklärung des Regierungsvertreters. In einer Resolution, die einstimmig angenommen wurde, erklärten die Versammelten, sie erwarten von der Reichsregierung, daß sie das wiederholt in Aussicht gestellte Nachtbackverbot baldigst erläßt, oder daß ein endgültiger Entwurf den gesetzgebenden Körperschaften zur schleunigen Verabschiedung zugeht. Es ist dringend erforderlich, daß sowohl die Groß- als auch die Mittel- und Kleinbetriebe sich schon jetzt auf die Friedenswirtschaft einrichten und ihre ganze Betriebsführung auf die dauernde Beseitigung der Nachtarbeit einstellen können. Die Bäckereiarbeiter, zu denen jetzt wieder Tausende älterer Berufsarbeiter gekommen sind, die früher von der Bäckerei abgestoßen wurden, da sie sich infolge der dauernden Nachtarbeit keine Familie gründen konnten, haben das Recht, nun bald zu erfahren, ob sie nach dem Kriege wieder zu einem Berufswechsel gezwungen werden sollen. Die Bäckereiarbeiter sind nicht gewillt, sich allen, von jedem einsichtigen Sozialpolitiker und von jedem Arzt ohne weiteres zugegebenen schweren Schädigungen der Gesundheit durch die Nachtarbeit wieder auszusetzen. Sie haben den Unterschied zwischen Tag- und Nachtarbeit kennengelernt und wollen deshalb die für das Gewerbe durchaus nicht notwendige Nachtarbeit unter keinen Umständen wieder auf sich nehmen.

Meldungen vom U-Boot-Kriege.

Berlin, 6. Oktober. Neue U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen **Kriegsschauplatz**: 17 000 Brutto-Registertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer Santaren mit 4000 Tonnen Gaskoks für Archangelsk und der englische Dampfer St. Margaret. Von dem bewaffneten englischen Dampfer Santaren wurden der Kapitän und der erste Offizier gefangengenommen. (Amtlich.)

Berlin, 7. Oktober. In der Nordsee wurden durch unsere U-Boote neuerdings fünf Dampfer versenkt. Drei von ihnen wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen; von den beiden anderen Dampfern war einer bewaffnet. (Amtlich.)

Allerlei.

Die Wahrsager-Probe.

Eine nette Geschichte, die, wenn sie nicht wahr, so aber gut erfunden ist, wird jetzt viel belacht. Zu einem schlesischen Landmann kommt da eine Wahrsagerin und verspricht dem ehrsamen Bauern einen Blick hinter den Vorhang der Zukunft tun zu lassen. So, sagt der Bauersmann, Sie können also tatsächlich in die Zukunft sehen? Hoch und teuer versicherte die Frau, dazu in der Lage sein zu können. Na, sagt darauf der Bauer, wollen gleich einmal sehen, und nötigt die Frau zum setzen und zu warten. Bald kehrt er zurück mit einem kräftigen Knüppel bewaffnet und legt die Wahrsagerin übers Knie und verabreicht ihr eine gehörige Tracht Prügel. Nachdem die Wahrsagerin sich von ihrem Schreck erholt und die nötigen Worte gefunden hatte, ihrer Entrüstung Luft zu machen, fragt sie den Bauer, was sie verbrochen habe, daß er sie so geschlagen habe. Seelenruhig entgegnete der Bauer, daß das nur die Probe gewesen, die diese allerdings schlecht bestanden habe. „Ich denk, du kannst ei die Zukunft sahn; wenn du gewußt hätt'st, daß de bei mir Prügel kriegst, wärste doch nich ärscht reingekumm!“

Schneefälle im Schwarzwald. Im Schwarzwald- und Alpengebiet ist ein empfindlicher Wettersturz eingetreten. Seit Sonnabend werden viele Schneefälle bis zu 700 Meter herab gemeldet. In den oberen Berglagen sei die Temperatur unter Null.

Ein großes italienisches Flugzeug mit drei Propellern wurde Mittwochabend am Drau-Ufer bei Obertäubling verbrannt aufgefunden. Ob es brennend niedergestürzt ist oder erst nach dem Absturz in Brand geriet, ist noch unbekannt. Von den Insassen des Flugzeuges weiß man nichts.

Ein französischer Dampfer untergegangen. Progrès de Lyon meldet aus Marseille: In der Nacht zum 6. Oktober stieß der von Le Havre kommende Dampfer Miquelon mit dem korsikanischen Postdampfer Balcane in der Hafeneinfahrt von Marseille zusammen. Der Dampfer wurde durch den Zusammenstoß mitten entzweigeschnitten und ging sofort unter. Die Schiffbrüchigen wurden vom Balcane aufgenommen.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten Paul Hennig; Feuilleton, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilh. Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle

Kein Schwanken und Ueberlegen

darf es geben!

Jetzt gilt nur die Tat! — —
Wenn jeder einzelne — ausnahmslos — seine höchsten Kräfte anspannt, dann wird auch diese Kriegsanleihe den großen Erfolg haben, den sie haben muß.

Denn nicht mit Granaten allein kann der harte Endkampf ausgefochten werden; erst das erneute Zeichen unsrer ungebrochenen wirtschaftlichen Kraft wird den Ausschlag geben. Nur so zwingen wir unsre Feinde zur Vernunft.

*1208

Darum zeichne!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171008-12/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. 7¾ Uhr. 2214

Täglich mit grösstem Erfolg!

„Die Fledermaus"

Operette in 3 Akten von Johann Strauss.

Hauptgesänge:
1. O je, o je, wie rührt mich dies.
2. Glücklich ist, wer vergisst.
3. Mein Herr Marquis, ein Mann wie Sie.
4. Die Majestät wird anerkannt.
5. Brüderlein und Schwesterlein.
6. S' ist mal bei uns so Sitte.

Kasse Sonntags ab 10 Uhr ununterbrochen.

Konzerthaus „Oberpollinger".
Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.
Täglich:
Große Künstler-Konzerte
der vorzüglichen Hauskapelle (Streichmusik).
Ergebenst ladet ein **Richard Beth,** z. Zt. Heimaturlaub.
2203

Gewerkschafts-Kartell Halle.

Mittwoch, den 10. Oktober 1917, abends 8 Uhr im Volkspark, Burgstraße:

:: Sitzung. ::

Tagesordnung:
1. **Eingänge und Mitteilungen.**
2. Wie stellen wir uns zur durchgehenden Arbeitszeit?
3. **Die gewerbliche Rechtsprechung im Saalkreis.**
4. **Sonstige Kartell-Angelegenheiten.**

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Vertreter bittet

2212 **Der Vorstand.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen **Haferflocken** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Dienstag den 9. Oktober 1917. Für jede Person eines Haushaltes kann ½ Pfund zum Preise von 44 Pfg. für das Pfund abgegeben werden.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Haferflocken einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 106 des Warenbezugscheines X zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken, zu Hunderten gebündelt, im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Halle, 8. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Am Dienstag den 9. Oktober 1917 wird auf dem städtischen Markt in der Talamtschule der Verkauf von **Edamer Käse** fortgesetzt und zwar: vormittags von 8—12 Uhr auf die Nummern 28 001—31 500 und nachmittags von 2—6 Uhr auf die Nummern 31 501—35 000 der Lebensmittelscheine.

Für jede Person eines Haushaltes, mit Ausnahme der milchversorgungsberechtigten Kinder bis zu 6 Jahren, wird ⅛ Pfund zum Preise von 40 Pfg. abgegeben.

Abgezähltes Geld ist bereit zu halten!

Halle, den 8. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Obstverkauf in der Talamtschule.

Der Verkauf des der Stadt überwiesenen **Obstes** wird am Dienstag den 9. Oktober 1917 fortgesetzt.

Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern der Lebensmittelscheine 7 001 — 10 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Nummern 10 501 — 14 000 nachmittags von 2—6 Uhr.

Abgegeben werden auf den Kopf eines Haushaltes zwei Pfund Aepfel. Da vorher nicht zu bestimmen ist, zu welchem Preise diese abgegeben werden können, werden die Preise auf der Tafel in der Talamtschule vermerkt.

Halle, den 8. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen **Zwiebeln** wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am **Dienstag, den 9. Oktober 1917.** Für jede Person eines Haushaltes kann ein Pfund zum Preise von 24 Pfennig für das Pfund abgegeben werden.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Zwiebeln einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 107 des Warenbezugsscheines X zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen acht Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September und 4. November 1915.

Halle, den 8. Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Ausgabe von Kartoffelbezugsscheinen für Lieferungen aus dem Kreise Delitzsch.

Die Bezugsscheine auf Winterkartoffeln werden für diejenigen Haushaltungen, welche ihre Bestellscheine auf den Namen eines Lieferanten (Landwirtes) **aus dem Kreise Delitzsch** ausgefertigt haben, beim Ein- und Verkaufsverein des Bauerbundes, Magdeburger Straße 67, **ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt am** Dienstag, den 9. Oktober, vormittags von ½8 bis ½12 Uhr und nachmittags von 2 bis 5 Uhr, zunächst an diejenigen Haushaltungen, welche ihre Bestellscheine rechtzeitig in folgenden **Markenausgabestellen abgegeben haben:** Talamtstr. 3, Hackbornstr. 4a, Ratswerder 3 (Paradies), Glauchaer Straße 19, Wörmlitzer Straße 16, Merseburger Straße 103, Liebenauer Straße 4, Landwehrstr. 14, Merseburger Straße 10 (Schultheiß), Martinstr. 16. Die Aushändigung der Bezugsscheine an die Haushaltungen der anderen Markenausgabestellen erfolgt sofort nach stattgefundener Ausfuhrgenehmigung des Landratsamtes in Delitzsch. Der Tag wird noch bekanntgegeben.

Bei der Abholung ist der Lebensmittelschein vorzulegen. Für jeden Zentner ist bei der genannten Stelle die vorgeschriebene Kommissionsgebühr von 25 Pf. zu zahlen.

Halle, den 8. Oktober 1917. Der Magistrat.

„Ehe"

heit' ich den Willen zu zweien, das eine zu schaffen, das mehr ist, als die es schufen! Ueber dich sollst du hinausbauen! Nicht nur fort sollst du dich pflanzen, sondern hinauf. Dazu helfe dir der Garten der Ehe.

Diese fundamentalen Sätze des großen Philosophen Nietzsche enthalten alles, was die herrliche, unerschöpfliche Gottes- und Naturgewalt mit der Liebe und Ehe bezweckt. Voll heiligster Ehrfurcht erkennen wie die Schöpferkraft; und in kraftvoller Lebensbejahung reichen wir an die Gottheit heran.

Wir wollen Gottes höchstes Gebot in tiefster Inbrunst und Dankbarkeit ehren und uns und unsere Kinder zu **willenden, willensstarken, demütigen, seelisch, geistig und körperlich voll ausgereiften Menschen erziehen.**

So erhalten wir **unserem Volke seine ungeheure Lebenskraft.** Es wird nicht an **schamlosestem Krämergeist, Ueberkultur und lächerlicher Verweichlichung** zugrunde gehen, wie Völker, die den ihnen verliehenen größten Gaben sich nicht würdig erwiesen.

Jüngling und Jungfrau
:: **Mann und Frau** ::
sollen sich durch ernstes Denken

*1202

zur Ehe

erziehen. Jeder muß wissen, daß man um das Glück der Ehe und Nachkommenschaft kämpfen muß. In jedem sind die gewaltigsten Kräfte für tausende Generationen enthalten. **Mein Werk:**

Der Kampf um

Das Glück der Ehe

und Nachkommenschaft

soll an Hand von unzähligen Beispielen aus dem Leben zeigen, wie die Ehe glücklich bleibt, und wodurch sie geschädigt und zerrüttet wird.

Inhalt: I. **Recht auf Wahrheit und Wissen.** — II. **Ein vernichtetes Frauenleben.** — III. **Brutalität.** — IV. **Viele Schilderungen aus dem Leben, deren Tragik und Realität jeden ergreift.** — V. **Charakteristisches Geständnis einer feingebildeten Frau, die durch frevelhafte Kräftevergeudung fast zugrunde gerichtet worden und der Verzweiflung nahe war.** Der menschenfreundliche Arzt, der durch seine warme Teilnahme diese, sowie tausende Frauen wieder aufrichtete und den Kindern die Mutter erhielt. — VI. **Was die Frau vom Manne wissen muß.** — VII. **Frevel, durch die die Frauenkraft geschädigt und vernichtet wird.** — VIII. **Kindersorgen verhüten Sorgenkinder.** — IX. **Das Storchmärchen und seine Folgen.** Unwissenheit ist die Ursache aller geschlechtlichen Irrungen und Leiden. — X. **Die Erhaltung der Gesundheit, des Ehegliücks und der treuesten Liebe in der Ehe.** — XI. **Kraftvolle Zustimmungs-Erklärungen aus dem Publikumskreise.** Die Auffassung des freien, unbefangenen Menschen. — Welchen Nutzen das Buch dem Einzelnen, wie im ganzen bringt. — Der Segen des Wissens. — Nieder mit der Unwissenheit. — Bewußtes Höherhinauf oder — kümmerliches Dasein und frühzeitiges Verfallen.

Unzählige schrieben aus dem Felde. Hier nur wenige Zeilen eines jungen Offiziers: **Ihre Worte sind wahr u. stehen in meiner Seele wie in Marmor eingelassene goldene Lettern.**

Jeder ernste Mann und jede feinfühlende Frau, die sich die zarteste Zuneigung und innigste Liebe erhalten wollen, müssen dieses Buch lesen.

Der Preis des Werkes ist vorläufig noch 2 ℳ (Porto schon mit eingeschlossen, nur Nachnahmen 20 ₰ mehr.) Später muß er auf 3 ℳ erhöht werden.

Frau Hedwig M. C. Kröning, Stuttgart-Cannstadt 122.

Sämtliche Parteischriften empfiehlt **Volks-Buchhandlung.**

Anmeldung von Milchkunden betreffend.

Die Milchhändler und Milchlieferanten werden hiermit angewiesen, bei der jetzt zu bewirkenden Neuanmeldung zur Kundenliste zunächst nur die mit Vollmilchkarten versehenen milchversorgungsberechtigten Personen als Kunden anzunehmen. Wegen Anmeldung der Haushaltungen mit sogenannten Gelegenheitskarten erfolgt erst noch weitere Bekanntmachung. Etwa bereits bewirkte Anmeldungen sind als ungültig zu betrachten.

Halle, den 8. Oktober 1917. Der Magistrat.

Fortsetzung der Ausgabe von Kartoffelbezugsscheinen für Lieferungen aus dem Saalkreise.

Die Aushändigung der Bezugsscheine für Winterkartoffeln wird bei der Kreiskartoffelstelle (Zentralgenossenschaft) Kronprinzenstraße 12 (Landwirtschaftskammergebäude, Zimmer 2) für diejenigen Haushaltungen, welche ihre Bestellscheine auf den Namen eines Lieferanten (Landwirts) im Saalkreise ausgefertigt haben vom Dienstag, dem 9. Oktober, an fortgesetzt, und zwar:

Am Dienstag und Mittwoch, dem 9. und 10. Oktober, vorm. ½8 bis ½1 Uhr, nachm. von 3 bis 4 Uhr, für diejenigen Haushaltungen, welche ihre Bestellscheine in folgenden Markenausgabestellen abgegeben haben: **Kurze Gasse 1, Am Güterbahnhof 3, Gr. Steinstraße 35.**

Am Donnerstag und Freitag, dem 11. und 12. Oktober, vorm. ½9 bis ½1 Uhr, nachm. 3 bis 4 Uhr, für Haushaltungen der folgenden Markenausgabestellen: **Weidenplan 4, Henriettenstraße 3, Bernburger Straße 24.**

Bei der Abholung ist der Lebensmittelschein vorzulegen.

Die Bezugsscheine liegen zunächst nur für diejenigen Haushaltungen zur Abholung bereit, welche ihre Bestellscheine rechtzeitig bei den Markenausgabestellen abgeliefert haben. Wegen Aushändigung der Bezugsscheine an die Haushaltungen der anderen Markenausgabestellen, sowie derjenigen Bezugsscheine, welche auf den Namen eines Lieferanten aus einem anderen Kreise, als dem Saalkreise ausgefertigt sind, ergeht in den nächsten Tagen weitere Bekanntmachung. Die Aushändigung der letzteren kann erst erfolgen, nachdem die mit Ausfuhrgenehmigung versehenen Bezugsscheine von den zuständigen Landratsämtern zurückgelangt sind.

Für jeden Zentner ist bei der genannten Stelle die vorgeschriebene Kommissionsgebühr von 0,25 Mk. zu zahlen. Behufs glatter Abwicklung der Geschäfte ist die vorstehende Ordnung über die Aushändigung genau einzuhalten. Weitere Auskünfte über Aushändigung der Bezugsscheine werden im Stadternährungsamt, Markt 22, 1 Treppe, Saal links (Kartoffelkartothek), erteilt.

Halle, den 8. Oktober 1917, **Der Magistrat.**

Stadt-Theater Halle
Direktion: **Leopold Sachse.**
Montag den 8. Oktober 1917:
Undine.
Romantische Oper in 4 Aufzügen von Albert Lortzing. 2211

Schwindel und Wucher im Kriege

mit besonderer Berücksichtigung des Nahrungsmittel-Schwindels und der Ausbeutung Kriegsbeschädigter.
Von **Hermann Fuchs.**
Aus dem Inhalte:
Nahrungsmittelschwindel. Fleisch und Fleischpräparate. Butterverfälschungen. Milchpanscherei. Faule Eier und Eierersatz. Die Industrie der Liebesgaben. Seifenschwindel. Darlehnsvermittlungen. Die Ausbeutung der Kriegs-Beschädigten. Wucher.
Preis 50 Pfennig.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung Halle a. S.

Apollo-Theater
Tägl. abds. 8.15: Gastspiel des
Herrnfeld-Theaters aus Berlin.
„Familie Plaschek"
Komödie in 2 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
mit Dir. **Anton Herrnfeld** und **Ferdinand Grünecker** in den Hauptrollen.
Stürmischer Lacherfolg.
Zeichnet Kriegsanleihe
im **Apollo-Theater!**
Jeder Zeichner erhält besondere Billettvergünstigung
Freitag, d. 12. Okt., zum Besten kriegsgeschäd. Artist. u. solch. aus d. Gefangensch. entlassener:
Nationaltag
im Deutsch. Reich u. Oesterreich
Sämtl. Billetteinnahm. an dies. Tage fließen dies. Fonds zu u. werd. auf die 7. Kriegsanleihe gezeichnet, sodaß mit dem wohltätigen auch ein vaterländisch. Zweck verbunden ist. 2215

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß jede Erkrankung und jeder Todesfall an übertragbarer Ruhr (Dysenterie) der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbeort zuständigen Polizeibehörde innerhalb vierundzwanzig Stunden nach erlangter Kenntnis anzuzeigen sind.

Wechselt der Erkrankte die Wohnung oder den Aufenthaltsort, so ist dies innerhalb vierundzwanzig Stunden nach erlangter Kenntnis bei der Polizeibehörde, bei einem Wechsel des Aufenthaltsortes auch bei derjenigen des neuen Aufenthaltsortes zur Anzeige zu bringen.

Für Krankheits- und Todesfälle, welche sich in öffentlichen Kranken-, Entbindungs-, Pflege-, Gefangenen und ähnlichen Anstalten ereignen, ist der Vorsteher der Anstalt oder die von der zuständigen Stelle damit beauftragte Person ausschließlich zur Erstattung der Anzeige verpflichtet.

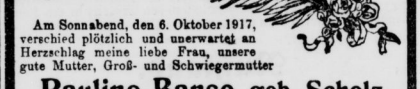
Auf Schiffen oder Flößen gilt als der zur Erstattung der Anzeige verpflichtete Haushaltungsvorstand der Schiffer oder Floßführer oder deren Stellvertreter.

Die Anzeige kann mündlich oder schriftlich erstattet werden. Mit Aufgabe zur Post gilt die schriftliche Anzeige als erstattet. Die Polizeibehörden haben auf Verlangen Meldekarten für schriftliche Anzeigen unentgeltlich zu verabfolgen.

Mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer die ihm obliegende Anzeige schuldhaft unterläßt. Die Strafverfolgung tritt nicht ein, wenn die Anzeige, obwohl nicht von dem zunächst Verpflichteten, doch rechtzeitig gemacht worden ist.

Halle, den 2. Oktober 1917. **Die Polizei-Verwaltung.**

Familien-Nachrichten.



Am Sonnabend, den 6. Oktober 1917, verschied plötzlich und unerwartet an Herzschlag meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Pauline Banse geb. Scholz

im Alter von 60 Jahren. 2209

Dies zeigen tiefbetrübt an die trauernden Hinterbliebenen:
Julius Banse, Advokatenweg 30, **u. Kinder.**

Die Einäscherung findet Dienstag, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium des Gertrauden-Friedhofes statt.

Etwaige Kranzspenden werden dankend abgelehnt.

Wehmütige Erinnerung zum Sterbetage meines lieben, unvergesslichen Bruders, des *1205

Landsturmmannes

Herm. Ziehme

(Memleben),

gefallen am 8. Oktober 1916.

Ruhe sanft, nach hartem Kampfe und Leidenszeit.
Bis wir uns wiedersehen nach diesem Erdenleid!

Deine tiefbetrübte Schwester

Ottilie Zühlsdorf
geb. **Ziehme,**
Berlin-Schöneberg.

Wir machen die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied

Frau Pauline Banse

am Sonnabend plötzlich verstorben ist. 2210

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Bestattungs Halle.

Die Einäscherung findet am Dienstag, nachm 3 Uhr, statt.

Neu! Neu! Neu!

Das Erbrecht.

Unter Berücksichtigung der Kriegsverfügungen.
Gemeinverständlich dargestellt von Justizrat **Karl Melos.**
Broschiert 1.50 Mk., geb. 2.25 Mk.
Porto 10 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Harz 42/44.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer unvergeßlichen Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Braut, 2213

Frieda Berger,

sagen wir allen für die zahlreiche Teilnahme am Begräbnis, ihren trostvollen Worten, den vielen Blumen u. Kranzspenden unseren **herzlichsten Dank.**

Die trauernden Hinterbliebenen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171008-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 8. Oktober 1917.

Die Lutherfigur in der Marienkirche unecht?

Ueber ein oft in kirchlichen Kreisen und in der bürgerlichen Presse besprochenes Lutherbildwerk ist jetzt zur bevorstehenden Reformationsausstellung ein lebhafter Streit entbrannt, von dem wir als Lokalchronisten kurz Notiz nehmen wollen. Der geistliche Prof. Loofs schreibt in einem längeren Zeitungsartikel über die angebliche „Totenmaske Luthers" u. a.:

In dem Ausschusse zur Vorbereitung der von dem hiesigen Städtischen Museum für Kunst und Kunstgewerbe geplanten Luther-Ausstellung wurde mitgeteilt, daß die Mariengemeinde auf deren Beteiligung in Rücksicht auf die Bücherschätze der ihr gehörigen Marienbibliothek zunächst und nicht ohne Grund gerechnet war, eine eigene Luther-Ausstellung zu veranstalten sich entschlossen habe. Es verlautet, daß ein Hauptstück dieser Ausstellung die Lutherfigur werden solle, die sich in der Marienbibliothek befindet. Und da wird ihr nun das sittliche Recht dazu, die evangelische Bevölkerung der Stadt und ihre Gäste mit diesem Luthergespenst zu erschrecken, bestritten. Man müsse vor der Oeffentlichkeit in den Zeitungen gegen diese Ausstellung Stimmung zu machen versuchen.

Künstlerische Gründe, Empfindungen der Pietät, geschichtliche Tatsachen und Wahrscheinlichkeitserwägungen sind es, die die Aufstellung der Lutherfigur der Marienbibliothek verbieten sollen.

Ein Gutachten, das eine „vom sächsischen Provinzialvorstande des Vereins für religiöse Kunst mit der Besichtigung und Begutachtung der in der Marienbibliothek in Halle befindlichen Totenmaske Luthers betraute Kommission" am 8. März d. J. abgegeben hat, besagt: Die Reliquie ist eine Figur, deren Gesicht und Hände nach Abdrücken von der Leiche Luthers in Wachs gegossen bzw. modelliert sein sollen. „Die Gesichtsmaske ist," so sagt das Gutachten der genannten Kommission, „in rohen Umrissen zu einem Kopfe ergänzt." „In die Lidspalten sind künstliche Augen mit übermäßig großer Hornhaut und Pupille ziemlich ungeschickt eingesetzt, so daß besonders rechts der innere Augenwinkel breit auseinandergezerrt erscheint." „Der Kopf ist auf einen festgestopften Balg aufgesetzt, der im Rücken durch einen Lederriemen an der hohen Lehne eines alten, jedenfalls aus der Kirche stammenden Renaissancestuhls befestigt ist. Auf diesem sitzt die so hergestellte große Figur, die mit einem nach altem Muster hergestellten talarähmlichen schwarzen Predigergewande neueren Datums bekleidet ist, vor einem ovalen Tische, welcher augenscheinlich in neuerer Zeit dem ursprünglichen nachgebildet worden ist. Der Kopf, welcher ohne Zweifel von vornherein mit einer Perücke bekleidet war, trägt jetzt nur noch ein Barett aus Samt. Die in den Aermeln befestigten Hände liegen auf dem Tische wie zum Schreiben." Selbst die Kommission, die es für angezeigt gehalten hat, daß die Maske der breiten Oeffentlichkeit besser als bisher zugänglich gemacht werde, verkennt nicht, daß „die Figur in dieser Form etwas an ein Panoptikum Erinnerndes hat, unkünstlerisch wirkt und an die Nerven des Betrachters Anforderungen stellt, die leicht allzu stark empfunden werden können." Prof. Loofs schreibt dazu: Mir ist die von der Kommission gegebene Kritik der jetzigen Form der Aufmachung dieser „Totenmaske Luthers" noch nicht kräftig genug. Seit ich, vor etwa dreißig Jahren, zum erstenmal durch dies Gespenst erschreckt und innerlich abgestoßen worden bin, habe ich dieser Lutherfigur nur mit ästhetischem Widerwillen gedenken können.

Mit einer „Totenmaske Luthers" hat die „Luther"-Figur der Marienbibliothek nichts zu tun. — Nun kann man allerdings bezweifeln, daß sie überhaupt nach einer Totenmaske gebildet ist. Aber daß Luther bei Lebzeiten Abdrücke seines Gesichtes und seiner Hände hätte machen lassen, ist mehr als unwahrscheinlich; und hätte er es getan, so würde die einzige Spur davon nicht erst im 18. Jahrhundert in der Marienbibliothek in Halle auftauchen. Deren Lutherfigur steht und fällt mit der phantastischen und haltlosen Vorstellung, daß in der Sakristei der Marienkirche von Luthers Leiche eine Totenmaske abgenommen sei. Unter diesen Umständen halte ich es für das Wahrscheinlichste, daß die „Luther"-Figur der Marienbibliothek das Bildnis eines uns bis jetzt unbekannten Mannes ist, das später — wohl erst nach 1717 — für ein Bildnis Luthers gehalten wurde und so den Anlaß dazu gab, daß man von der Herstellung einer Totenmaske Luthers in der Sakristei der Marienkirche fabelte. Wer so rücksichtslos mit der Legende der Marienbibliothek nicht umgehen mag, wird zum mindesten zugeben müssen, daß ihre „Luther"-Figur eine sehr zweifelhafte Größe ist.

Neue Bekanntmachungen.

Der Obstverkauf in der Talamtschule geht Dienstag auf Nr. 7001 bis 14 000 weiter.

Edamer Käse wird morgen in der Talamtschule auf die Nr. 28 001 bis 35 000 abgegeben.

Zwiebeln werden von morgen an in den Geschäften nach der Kundenliste je ein Pfund auf Bezugsmarke 107 verkauft.

Haferflocken gibt es nach der Kundenliste auf Bezugsmarke 106 je ¼ Pfund.

* **Das Arbeitersekretariat Halle** wurde im abgelaufenen Vierteljahr, in den Monaten Juli, August und September, von 778, 808 und 652 Besuchern in Anspruch genommen, an die 796, 828 und 670 Auskünfte erteilt wurden. In der Hauptsache handelt es sich nach wie vor um die Kriegsfürsorge. Aber auch die Steuerangelegenheiten fielen in die Berichtszeit hinein. Aus der sozialen Versicherung zeitigt besonders die Invalidenversicherung viel Streitstoff. Die gewerblichen Streitigkeiten haben sehr abgenommen. Schriftliche Auskünfte wurden 65, 45 und 55 erteilt, außerdem wurden 167, 172 und 107 Schriftsätze angefertigt.

* **Vom Stadtbad.** Im Monat September d. J. badeten insgesamt 26 186 Personen gegen 20 903 im selben Monat des Vorjahres, und zwar männliche 15 374, weibliche 10 812. Schwimmbäder nahmen 15 215, Wannenbäder 7480, Brausebäder 3328 und Römisch-Irische-Bäder 163. Der stärkste Besuch war am Sonnabend, den 8. September, mit 2284 Personen.

* **Lieferung von Kinderkleidung und Säuglingswäsche durch die Gemeinden.** Die Reichsbekleidungsstelle hat mehrere Posten von Knabenanzügen, Kinderhemden und Säuglingswäsche (Jäckchen, Hemden, Windeln, Wickeltücher, Nabelbinden, Wolldecken, Moltondecken) zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung bereitgestellt. Die Waren werden an die Kommunalverbände, die ihren Bedarf bis spätestens zum 31. Oktober anzumelden haben, geliefert. Die weitere Verteilung liegt den Kommunalverbänden ob; jedoch ist diesen zur Bedingung gemacht, mindestens die Hälfte der gelieferten Waren den Verbrauchern durch den Kleinhandel zuzuführen. Da die Vorräte der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft verhältnismäßig gering sind, kann nur der dringendste Bedarf der minderbemittelten Bevölkerung gedeckt werden. Auch diese Waren unterliegen der Bezugsscheinpflicht. Jeder Kommunalverband darf sie nur an Angehörige seines eigenen Bezirks abgeben.

* **Unterrichtskurse für Kriegerfrauen.** Der Magistrat hat auf Anregung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe im Anschluß an die gewerbliche Fortbildungsschule Unterrichtskurse zur Ausbildung von Kriegerfrauen und Kriegertöchtern in Geschäftskunde, Schriftverkehr, Buchführung veranstaltet. Ein solcher Kursus beginnt Montag, den 15. d. M. Meldungen nimmt Direktor Könecke, Kl. Steinstraße 8, Zimmer 127, entgegen. Näheres ist aus der Anzeige in heutiger Nummer ersichtlich.

* **Tischtuchverbot bereits in Kraft.** Zur Beseitigung vielfacher Zweifel wird festgestellt, daß das am 14. Juli verfügte Tischtuchverbot bereits mit dem 1. Oktober in Kraft getreten ist. Lediglich für die im Besitze von Hotels usw. befindliche Bett-, Haus- und Tischwäsche ist für die Meldepflicht der 15. Oktober als spätester Termin festgesetzt worden.

* **Die Heizung der Eisenbahnzüge** wird ebenso wie im Vorjahre auch im kommenden Winter eingeschränkt werden müssen. Die D- und Fernzüge werden soweit wie irgendmöglich geheizt werden, während die dem Lokalverkehr dienenden Züge nicht geheizt werden können.

* **Vorträge des Bundes für Volkskraft.** Den Reigen der Vorträge eröffnet in diesem Jahre Prof. Dr. Karl Schmidt am Donnerstag, den 11. Oktober, abends 8½ Uhr. Er spricht über die „volkswirtschaftliche Bedeutung der Elektrizität" (mit Lichtbildern). Dieses Thema verdient in der jetzigen Zeit ganz besonderes Interesse, wird doch ein Wirtschaftsgebiet beleuchtet, das nicht nur augenblicklich von großer Bedeutung ist, sondern vor allem besonders für unsere Gegend eine ganz gewaltige Zukunft in sich birgt. Wie schon bekanntgegeben, finden die Vorträge in den Thalia-Sälen statt, und zwar jeweils Donnerstag 8½ Uhr. Leider können die Vorträge nicht mehr vollständig unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Der Reinertrag ist für das Säuglings- und Kinderheim und die Kinderhorte des Bundes und seine Ernährungs-Fürsorge bestimmt. Eintrittskarten können auf der Geschäftsstelle des Bundes, Magdeburger Straße 21, bezogen werden und ferner an der Abendkasse. Diejenigen, die Dauerkarten bezogen haben und einzelne der Vorträge nicht besuchen können, werden im Interesse der guten Sache gebeten, die Geschäftsstelle jeweils zu benachrichtigen, damit an den betreffenden Abenden die Plätze weiter vergeben werden können. Da fast alle Plätze vergriffen sind, müssen Interessenten sich stark beeilen.

* **Stadttheater.** Der Spielplan der Woche bringt folgende Werke: Heute, Montag, Lortzings Oper Undine, Dienstag zum zweiten Mal Es lebe das Leben von Sudermann, Mittwoch Tannhäuser von Richard Wagner, Donnerstag die Oper La Serva Padrona, anschließend das Lustspiel Der zerbrochene Krug, Freitag Figaros Hochzeit, Sonnabend Der Bettelstudent. Am Sonntag kommt die komische Oper Giroflé-Giorfla von Lecocq zur Erstaufführung.

* **Heimatdank des Varieté und Zirkus.** Der Int. Varieté-Theater-Direktoren-Verband E. V. und die Int. Artisten-Loge, Berlin, haben beschlossen, einen Hilfsfonds zu gründen, der den Namen Heimatdank des deutschen Varieté und Zirkus führt. Die für diesen Fonds gesammelten Gelder sollen dazu verwandt werden, solchen Varietéangehörigen der Mittelmächte, die durch den Heeresdienst oder durch Zivilgefangenschaft ihre Existenz verloren haben, oder ihren Hinterbliebenen Unterstützungen zufließen zu lassen, durch die ihnen die Neubegründung einer artistischen Existenz oder der Uebergang in einen anderen Beruf ermöglicht wird. Zu den Sondervorstellungen für diesen Fonds hofft man, daß das große Publikum, das sich oft an den Darbietungen der Varieté- und Zirkuskünstler ergötzte, zweifellos sein Interesse auch für den Heimatdank der fahrenden Leute bekunden wird.

* **Feuer.** Am Sonntagnachmittag wurde die Feuerwehr nach einer Wohnung in der Julius-Kühn-Straße gerufen, woselbst vermutlich durch glühende Asche eine Holzkiste in Brand geraten war. Die Wehr konnte nach kurzer Tätigkeit wieder abrücken. — Später wurde die Feuerwehr nochmals nach einem Grundstück in der Platanenstraße gerufen. Durch Fahrlässigkeit zweier Knaben war dort Heu und Stroh, das sich in einem Stallgebäude befand, in Brand geraten. Auch eine im Stalle befindliche Ziege und ein Kaninchen verbrannten. Nach 1½stündiger Tätigkeit kehrte die Feuerwehr wieder ins Depot zurück.

* **Von der Straße.** In der Hallorenstraße fand zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Bierwagen ein Zusammenstoß statt, wobei am Motorwagen die vordere Plattform eingedrückt wurde. Verletzt wurde niemand. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt. — In der Richard-Wagner-Straße riß am Sonntag der Leitungsdraht der Straßenbahn.

* **Gefunden.** In der Zeit vom 1. bis 30. September sind in den Wagen der Städtischen Straßenbahn gefunden worden: 7 Regenschirme, 2 Paar Handschuhe, 4 Portemonnaies, 2 Handtaschen, 5 Spazierstöcke, 1 Tuch, 5 Schlüssel, 1 Schal, 1 Visitenkartentasche, 1 schwarze Schürze, 1 Brille, 1 Armbinde vom Frauenverein, 1 Essenträger, 1 Etui mit Federhalter, 1 Bartbürste, 1 Kinderschuh, 1 Taschentuch, 1 Nadel, 1 Handarbeitsbeutel, 1 Militärkoppel, 1 Schulatlas, 1 Säckchen Stahlspäne, 1 Brosche, 1 Keilkissen. — Die Eigentümer müssen ihre Ansprüche innerhalb von 14 Tagen bei der Kassenstelle, Seebener Straße 62, geltend machen.

Aus den Gerichtssälen.

Schöffengericht.

Beleidigungsklage gegen einen Polizeibeamten. Auf der Anklagebank erschien der Polizeisergeant Johann Matussek aus Landsberg, um sich wegen eines an den Vizefeldwebel Franke gesandten Briefes beleidigenden Inhalts zu verantworten. Der Sohn des Angeklagten, der seit etwa zehn Jahren dem Militär angehört und Sergeant ist, wurde Anfang 1917 auf Grund einer Anzeige Frankes wegen fortgesetzter Widersetzlichkeit zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt. Aus diesem Grunde schrieb der Vater an den Vizefeldwebel, er sei ein Leuteschinder und anderes mehr. Der Angeklagte beantragte Vertagung, um den Nachweis zu erbringen, daß er nicht Beleidigungen, sondern Tatsachen geschrieben habe. Das Gericht lehnte dies ab, da es die gebrauchten Schimpfworte schon für strafbar ansah. Der Staatsanwalt beantragte 100 Mark Geldstrafe, das Gericht erkannte unter Berücksichtigung der bisherigen Unbescholtenheit auf eine Strafe von 60 Mark.

Großer Gurkendiebstahl. Zwei Arbeiter aus Halle waren dabei ertappt worden, als sie etwa 600 Gurken stehlen wollten. In Anbetracht ihres seitherigen unbescholtenen Lebenswandels wurden ihnen mildernde Umstände zugebilligt. Es wurden eine Woche und zehn Tage Gefängnis beantragt. Das Gericht setzte die Strafe auf fünf und acht Tage fest.

Aus der Provinz.

Neue Vorschriften über den Handel mit Schweinen und den Verbrauch von Schweinefleisch

erläßt das Kriegsernährungsamt. Die Neuerungen bringen zunächst die Uebertragung auch des Handels mit Schweinen von 25 Kilo Lebendgewicht an auf die Viehhandelsverbände. Läuferschweine zu Zucht- und Nutzzwecken einschließlich der Selbstversorgung können in Zukunft nur noch an diese abgesetzt und von diesen erworben werden. Ausnahmen für Hochzuchten regeln die Landesbehörden, die übrigens auch den Handel mit Ferkeln zwangsweise regeln dürfen. Diese Maßnahme soll den wilden Handel mit Schweinen und das heimliche Abschlachten hindern. Ferner wird eine Zwangsabgabe von Speck aus allen Hausschlachtungen eingeführt, die sich auf der bisherigen Hindenburgspende aufbaut und im einzelnen landesrechtlich geordnet wird. Die abgabepflichtige Menge wird dem Selbstversorger nicht auf seinen Verbrauch angerechnet. Auf diesem Wege soll im Winter die Fettversorgung der Städte einschließ-

Rings um die Bagdadbahn.

Ueber die Bagdadbahn bringt die Frf. Volksst. folgende Schilderung eines hessischen Feldgrauen, die einiges Neue enthält:

Wie sich die Zeiten ändern! Was haben wir in der Schule ein Aufhebens gemacht um die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien! Vasco da Gama, das Kap der Guten Hoffnung und solche Namen dämmern da auf, und ich weiß noch, daß es uns Schulbuben sehr merkwürdig vorkam, daß die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien ein so welterschütterndes Ereignis gewesen sei, und daß diese Verkehrsstraße, deren Schrecken man uns in den krassesten Farben malte, so große Vorzüge gegen die Karawanenstraßen durch Persien, Syrien und Kleinasien hätten. Schon mehr leuchtete uns die Bedeutung des Suezkanals ein. Daß aber heute wieder eine ganz neue Verbindungsstraße im Werden ist, die den fernen Osten uns ganz bedeutend näher rücken muß, das erkannten bis vor kurzem nur wenig Eingeweihte, obwohl gerade der Bau der Bagdadbahn in den politischen Beziehungen der Großmächte eine so große, unheilvolle Bedeutung hatte.

Als ich mir das zum erstenmal klarzumachen suchte in einer der nicht enden wollenden Nächte, in denen wir stundenlang neben unsern Büffeln durch die syrische Steppe stampften, hatte ich eine mächtige Hochachtung vor diesem riesenhaften Plan. In einem Lande, wo es noch nicht einmal Straßen in unserem Sinne gibt, das heute noch vollkommen entblößt ist von den notwendigsten Einrichtungen zu einem großen Bahnbau, das keine geschulten Arbeiter kennt und das Schwierigkeiten bietet, gegen die unsere imposantesten Bahnbauten der Alpen einfach sind, in einem solchen Land einen Bau zu unternehmen, der so unheimlich große Summen verschlingen mußte und sich erst so viel später lohnen konnte, das setzte Männer voraus von solch wirtschaftlichem Fernblick, von einer Entschlossenheit und einem Mut, wie man ihnen heute nicht oft begegnet. Die politische Bedeutung wird man erst später ermessen können, aber welch ungeheure wirtschaftliche Umwälzungen die Bahn hervorrufen muß, davon kann man schon einen Begriff haben durch kürzeren Aufenthalt. Man mache sich nur einmal klar, welch ungeheuer großen Landmassen durch die Bagdadbahn Transportmöglichkeiten erhalten. Während im Durchschnitt der türkische Bauer nur so viel anbaut, wie er braucht, weil er kaum seine Erzeugnisse absetzen kann, sieht man an der Bahn sehr gut angebautes Land. Wie grundlegend ändernd hier die Bahn wirkt, zeigen die Bewässerungsanlagen bei Konia, die die Ertragsfähigkeit des Bodens bedeutend gesteigert haben. Auch Baumpflanzungen, wenn auch bis jetzt nur in kleinem Maßstabe, sind von der Bagdadgesellschaft in die Wege geleitet, und wenn man bedenkt, daß meistens noch mit Holzpflügen die Erde kaum aufgeritzt wird, daß man jahrein jahraus auf einem Acker dieselbe Frucht anbaut, daß sogar der Dreschflegel noch nicht bekannt ist, sondern noch wie in den biblischen Zeiten die Ochsen, denen man bekanntlich das Maul nicht verbinden soll, den Dreschschlitten ziehen, so kann man ermessen, wie bedeutend der türkische Ackerbau die europäischen wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen könnte, wenn dort erst deutsche Geräte und Maschinen eingeführt sind, die bis jetzt nur im Weichbilde der Hauptstadt bekannt zu sein scheinen. Aber auch andere Bodenschätze werden durch den Bahnbau erst rationell gehoben werden können. Im armenischen Taurus, der leicht mit der Bagdadbahn in Verbindung gebracht werden kann, durchzogen wir Gegenden, von deren Erzreichtum man sich kaum einen Begriff machen kann. Dort werden jetzt schon in ganz primitivem Tagebau große Mengen Kupfer gewonnen, die heute mühsam durch unsere Autokolonnen abtransportiert werden. Fachleute erzählten uns, daß in der Gegend von Ergena Maden zehn verschiedene Metalle nachgewiesen sind, und daß dort auch beträchtliche Kohlenlager liegen. Welche Möglichkeiten da für eine werdende Industrie sich bieten, liegt auf der Hand. Wenn wir also auch heute noch in dem wirtschaftlichen Bündnis durchaus die Gebenden sind, so liegen doch Möglichkeiten vor, die dies Verhältnis leicht umkehren können, und wenn schon das vielbesprochene „Mitteleuropa" einst Tatsache wird, so ist die Rolle der Türkei dabei von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Denn wenn auch all das, wovon ich jetzt spreche, noch der Zukunft angehört, so hat die Bahn auch heute schon großen Wert, obwohl sie immer noch nicht ausgebaut ist. Eine gute Karte zeigt jedem, daß noch ein großes Stück fehlt. Die Strecke von Haider-Pascha aus ist im Betriebe bis an den Fuß des armenischen Taurus, wo die herrliche arabisch-türkische Bergstadt Mardin weithin in die Ebene grüßt. Von Bagdad aus ist die Bahn noch nicht allzuweit gediehen, und diese Teilstrecke ist jetzt im Besitze der Engländer. Solange die Türken dort saßen, erhielten sie alle Zufuhr auf dem Wasserwege den Euphrat herunter. Jetzt wird es auch den Engländern nicht möglich sein, weiter durch die Wüste nach Mossul vorzustoßen, wohin heute von der Endstation der vorderen Strecke aus deutsche und österreichische Autokolonnen regelmäßigen Verkehr unterhalten.

Allerdings sind auf der großen Teilstrecke noch zwei Gebirgsübergänge nicht ganz fertiggestellt, aber während wir auf dem Vormarsch über den Taurus und Amanus noch zu Fuß wandern mußten und nur durch Autokolonnen der Munitions- und Warenverkehr aufrechterhalten wurde, fährt jetzt schon lange die Kleinbahn über beide Gebirgsstöcke. Diese beiden Fahrten gehören zu dem Interessantesten, was ich je erlebt.

Im Taurus ist der große Tunnel schon durchstochen und wird bereits von der Kleinbahn befahren, während noch an der Erweiterung und Sicherung gearbeitet wird. Elf einzelne Tunnels durchfuhren wir, und mehr als fünf Viertelstunden waren wir in der Erde. Manchmal fährt man nur über eine Brücke, und sofort geht es wieder in das Dunkel. Was man aber in solchen Ausblicken sieht, übersteigt an Wildheit und Ursprünglichkeit alle ähnlichen Gebirge. Da geht's Hunderte von Metern steil in die Tiefe und auch oben sieht man in der kurzen Zeitspanne kein Ende des Berges, obwohl man im offenen Güterwagen fährt. Am Ende dieser Tunnels kommt eine riesige Brücke, die noch im Bau ist, und dann fährt die Kleinbahn in unglaublichen Windungen oben auf der Höhe, während tief unten die Dämme, Brücken und Tunnelöffnungen heraufleuchten. Auch im Amanus muß die Kleinbahn mächtige Steigungen nehmen. Oft stößt der kleine Zug — es fahren immer drei, vier Züge mit je sechs, acht Wagen hintereinander — rückwärts hoch, fährt wieder vor, stößt wieder zurück, so daß man die drei Züge untereinander sehen kann. Auch hier ist unten bei dem Dorfe Bagtsche ein großer Tunnelbau bald vollendet. Die Bahn steigt aus der kilikischen Ebene, die etwa 120 Meter hoch liegt, über acht Brücken und sieben Tunnels in einer Länge von 1937 Meter bis Bagtsche. Von hier bis zum Haupttunnel, der 5 Kilometer lang ist, sind noch zwei kleinere Durchstiche, und in einer Höhe von 615 Metern nimmt dann die Bahn die Wasserscheide. In Airan wird dann wieder auf die Hauptbahn umgeladen, die sich dann kurz vor Alleppo teilt in die eigentliche Bagdadbahn, die heute bis Derbesy ausgebaut ist, nach Norden zu, und die Bahn, die südlich nach Palästina führt.

Sind auch alle diese Größenverhältnisse an sich nicht erstaunlich, sind die Gebirge gar nicht allzuhoch, so muß man sich doch vergegenwärtigen, daß aber auch die allereinfachsten Geräte und Maschinen erst eingeführt werden müssen, daß in diesen wilden Gebirgen keine Straßen bestehen. Im Taurus z. B. wurden drei Jahre nur an einer Straße gearbeitet, um an den Ausgangspunkt des Tunnels zu gelangen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171008-12/fragment/page=0005
DFG

sich deren Schwerstarbeiterversorgung, Wurstbereitung und Massenküchenbetrieb eine wertvolle Unterstützung erfahren. Die Landesstellen bestimmen, ob der Speck geräuchert abzugeben ist oder ob andere Teile abzuliefern sind. Schließlich erleidet die Anrechnung des Fleisches von Kälbern und Schweinen bei Hausschlachtungen gewisse Aenderungen. Wer Kälber vor Erreichung eines Alters von drei Wochen hausschlachtet, spart der Allgemeinheit Vollmilch für die Milchversorgung; deshalb werden solche Kälber mit 500 Gramm Wochenkopfmenge auf den Selbstversorgerverbrauch angerechnet. Die Schweine können, da Gerste nicht verfüttert werden darf, nicht auf schwere Gewichte gebracht werden; ihre frühere Abschlachtung trotz geringen Gewichts ergibt aber stark wasserhaltiges Fleisch und viel Knochen. Deshalb werden leichte Schweine unter 50 Kilo Schlachtgewicht mit 700 Gramm, mit 50—60 Kilo Schlachtgewicht mit 600 Gramm, alle übrigen ohne Unterschied mit 500 Gramm auf den Wochenkopfverbrauch angerechnet werden. Diese Verordnung tritt am 15. Oktober in Kraft.

Merseburg. Ausgabe von Kohlenkarten. Von Montag ab werden im alten Rathause in der Burgstraße an die versorgungsberechtigten Haushaltungen Kohlenkarten ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt am heutigen Montag, vormittags von 8 bis 1 Uhr, nachmittags von 2 bis 5 Uhr für die Haushaltungen der Straßen A bis K einschließlich. Die Ausgabe der Kohlenkarten für die übrigen Straßen wird im Laufe der nächsten Woche fortgesetzt. Einsprüche gegen die Höhe der festgesetzten Kohlenmenge werden von der Ausgabestelle nicht entgegengenommen. Sie sind bis auf weiteres wochentags von 8 bis 6 Uhr nachmittags beim Dezernenten für die Kohlenverteilung — Rathaus, 3. Geschoß — Sitzungszimmer anzubringen.

— Ausgabe von Lebensmitteln. Für die Woche vom 7. bis 13. Oktober werden auf den Kopf der Bevölkerung zugeteilt: 1 Pfund rote Rüben zum Preise von 15 Pf. auf Bezugsschein Nr. 25, 400 Gramm Marmelade zum Preise von 48 Pfennig auf Bezugsschein Nr. 26. Die Abgabe der Bezugsscheine Nr. 25 und 26 hat von Montag, von morgens 7 bis abends 3 Uhr in den hiesigen Lebensmittelgeschäften zu erfolgen. Der Verkauf der zugeteilten Ware erfolgt von Donnerstag bis einschl. Sonnabend gegen Abgabe des Quittungsabschnittes.

— Zwiebeln. Es steht noch ein Posten Zwiebeln zur Verfügung, der, soweit der Vorrat reicht, zu den früheren Bedingungen am Donnerstag an diejenigen Versorgungsberechtigten abgegeben werden soll, die bei der letzten Ausgabe nicht berücksichtigt worden sind. Die Abgabe des Bezugsscheines Nr. 22 hat bis Montag, den 8. Oktober, abends 7 Uhr, in den hiesigen Lebensmittelgeschäften zu erfolgen. Der Verkauf der zugeteilten Ware erfolgt am Donnerstag, den 11. Oktober, gegen Abgabe des Quittungsabschnittes Nr. 22. Beim Abholen der Zwiebeln sind geeignete Behälter mitzubringen.

— Höhere Bauarbeiterlöhne. Unter dieser irreführenden Ueberschrift berichten die bürgerlichen Zeitungen wie folgt: „Die Innung der Baugewerke und der Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe machen bekannt, daß infolge der Teuerungszulage jetzt eine Maurer- oder Zimmerer-Gesellenstunde mit 1,20 Mk. und eine Arbeiterstunde mit 1,10 Mk. berechnet wird." — Wohl verstanden, die Meister berechnen ihrer Kundschaft diese Lohnsätze, aber an die Arbeiter zahlen sie sie durchaus nicht. Die Bauarbeiter können sich nach obigen Zahlen mal wieder ausrechnen, wieviel die Unternehmer stündlich an ihnen verdienen.

Schkeuditz. Arbeitersekretariat. Das in Schkeuditz seit Jahren bestehende Arbeitersekretariat, Weststraße 2, erteilt an jedermann unentgeltliche Auskunft in allen Rechtssachen. Auch werden daselbst Schriftsätze unentgeltlich angefertigt. Es wird auch schriftliche Auskunft erteilt. Das Sekretariat ist an den Wochentagen von 9—1 Uhr und 3—7 Uhr und Sonntags von 10—12 Uhr geöffnet.

Freyburg. Gute Ernte an der Unstrut. Die Kartoffelernte dürfte die reiche Ernte von 1915 noch übertreffen. Von verschiedenen Landwirten wird sie als Rekordernte bezeichnet. Es gibt Besitzer, die den Durchschnittsertrag auf 130 Zentner auf den Morgen gebracht haben. Die besten Erträge haben die Sorten geliefert, die im vorigen Jahre schlechte Erträge gebracht haben. — Die Weinlese ist in der Hauptsache beendet. Was in der Menge fehlt, wird durch Güte ersetzt. So süß dürfte der Wein wohl nur in höchst seltenen Jahren gewesen sein. Die Kelterei zahlen für weiße Trauben 60 und für rote Trauben 70 Pf. das Pfund.

Eisleben. Für die Landtagsersatzwahl im Mansfelder Kreis am 24. Oktober wurde an Stelle des zum Oberpräsidenten ernannten Abgeordneten von Hassel der konservative Rittergutsbesitzer Regierungsassessor Bartels in Waldeck aufgestellt. Gegenkandidaturen werden unterbleiben.

Köthen. Phantasiepreise für Pfefferminz. Der Preis für Pfefferminz hat eine gewaltig nach oben sich steigernde Entwicklung gehabt, wie noch niemals, solange auf unsern Feldern das edle Kraut gebaut wird. Erschien schon 600 Mark, die beim ersten diesjährigen Schnitt von den Aufkäufern für den Zentner gezahlt wurden, als geradezu fabelhaft, wenn man bedenkt, daß der durchschnittliche Friedenspreis 70 Mark war, so kommt man vollends in das Reich der Phantasie, wenn man hört, daß dieser Preis beim zweiten Schnitt noch um 250 Mark gesteigert worden ist. 850 Mark pro Zentner Pfefferminz, das gehört in die Chronik!

Bitterfeld. Die Ausgabe der neuen Zuckerkarten erfolgt in Dörings Konzerthaus Dienstag, den 9. Oktober, für die Straßen beginnend mit A bis J, Mittwoch, den 10. Oktober, für die Straßen beginnend mit K bis Z, von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr. Der Brotschein ist vorzulegen. An Kinder werden die Karten unter keinen Umständen verabfolgt. Die Verbraucher haben nach Empfang der Zuckermarke für November den Anhang sofort, spätestens bis zum 10. Oktober, dem Kleinhändler zu übergeben, bei dem sie voraussichtlich ihren November-Bedarf an Zucker decken wollen.

Delitzsch. Stadtverordnetensitzung. Die am Donnerstag abgehaltene Sitzung der Stadtverordneten hatte nur die Vorlage betreffend der Teuerungszulagen an die städtischen Beamten und Lehrer nochmals durchzuberaten. Während in der früheren Sitzung die Magistratsvorlage einen Kostenaufwand von 23 340 Mk. erforderte, schlug in der Donnerstagsitzung der Finanzausschuß eine Regelung vor, nach der es möglich ist, eine Herabdrückung dieser Summe auf 17 000 Mk. zu erzielen. Die in Betracht kommenden Personen sind in verschiedenen Klassen ihrem Gehalt entsprechend eingeteilt. Es sollen erhalten die Gruppe II mit einem Gehalt von über 7000 Mk. 300 Mk. Teuerungszulage pro Jahr, die Gruppe III mit einem Gehalt von 4800 bis 7000 Mk. 600 Mk., die Gruppe IV mit einem Gehalt von 2300 bis 4800 Mk. 408 Mk., die Gruppe V mit einem Gehalt bis 2300 Mk. 300 Mk. Die unverheirateten Beamten sollen 200 Mk. und die nichtpensionsberechtigten 150 Mk. erhalten. Zu diesen Sätzen kommen noch die Zulagen für die Kinder, und zwar sollen für jedes Kind für Söhne bis zum 18. Lebensjahre und für Mädchen bis zum 16. Lebensjahre je 10 Prozent bezahlt werden. Die Stadtverordneten nahmen diesen Vorschlag der Kommission an, und zwar mit rückwirkender Kraft bis 1. Juli 1917. Anschließend an diesen Punkt beantragte Genosse Münzer nunmehr, daß der Magistrat eine Vorlage bringe, die auch den Hilfsarbeitern und Arbeitern eine Teuerungszulage gewähre. Diese Zulagen, die zwischen 20 bis 25 Prozent des Lohnes sich bewegen sollten, erschienen jedoch denen, die soeben mit Begeisterung den Beamtenzulagen zugestimmt hatten, nicht angebracht. Sie nahmen die Sätze aus dem Antrag heraus und schickten so den verwässerten Antrag dem Magistrat zur Berücksichtigung zu. Derselbe Antragsteller interpellierte nunmehr den Magistrat wegen der vorhandenen Wohnungskalamität. Vom Magistrat wurde die größte Beachtung dieser Sache und eventuell sofortiges Einschreiten zugesagt.

Wittenberg. Einmachezucker. Die Haushaltungen, die in diesen Tagen Bezugsscheine auf Einmachezucker erhalten, haben diese Scheine ohne Verzug, spätestens aber bis zum 12. Oktober in einer Verkaufsstelle vorzulegen und daselbst die Menge des ihnen zugeteilten Zuckers anzumelden. Sobald die Zuteilung an die Verkaufsstellen erfolgt ist, wird bekanntgemacht, daß der Einmachezucker von den Haushaltungen gegen Abgabe der Anmeldebescheinigung bei derjenigen Verkaufsstelle abzuholen ist, welche die Anmeldung bescheinigt hat. Von den Haushaltungen, welche ihre Zuckerbezugsscheine nicht bis spätestens zum 12. d. M. auf dem Rathause abgeholt haben, wird angenommen, daß sie auf Einmachezucker für diesmal verzichten. Es wird über den Zucker alsdann anderweit verfügt werden.

— Neue Steigerung des Milchhöchstpreises. Infolge Erhöhung des Erzeugerhöchstpreises für Vollmilch auf 34 Pf. je Liter, ist der Kleinhandelshöchstpreis für Vollmilch mit Geltung von heute ab auf 38 Pf. je Liter festgesetzt. Dieser Preis gilt bei Abgabe durch den Milchhändler an den Verbraucher, während es bei unmittelbarer Abgabe durch den Erzeuger an den Verbraucher bei 34 Pf. bewendet. Der bisherige Höchstpreis für Butter- und Magermilch bleibt erhalten.

— Erhöhte Kohlenhöchstpreise. Mit Rücksicht auf die Erhöhung der Werkspreise werden mit Wirkung vom 3. Okt. folgende Kohlenhöchstpreise für den Stadtbezirk Wittenberg festgesetzt: Braunkohlenbriketts: in Zentnerh: 1,70 Mk. je Zentner ab Bahn oder Platz, in Kästen gepackt ein Kasten: 1,70 Mk. ab Lager. Förder- (Roh-) Kohlen: ungesiebt 0,90 Mk. für 1 Ztr. ab Lager, gesiebt 1 Mk. für 1 Zentner ab Lager. Anfuhr bis 20 Zentner 30 Pf. je Zentner, über 20 Zentner 20 Pf. je Zentner. Es ist nicht zulässig, den Verkauf der einen Kohlensorte von Abnahme einer anderen abhängig zu machen.

Dommitzsch. Feuer. In der Nacht vom 6. zum 7. Oktober wurde die Einwohnerschaft durch Feuerlärm geweckt. Das Haus des Amtsrichters Platz am Sandtor brannte völlig nieder. Zwei Ziegen und ein Schwein sind umgekommen. Das Feuer soll zuerst im Stall gesichtet worden sein. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Torgau. Höhere Milchpreise. Der Preis für Vollmilch auf die Zeit vom 1. Oktober 1917 bis 30. April 1918 ist für den Stadtgemeindebezirk Torgau auf 38 Pf. für das Liter festgesetzt. Der Kleinhandelshöchstpreis für Kindermilch und Magermilch beträgt wie bisher 40 Pf. und 20 Pf. für das Liter.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Dienstag, den 9. Oktober: Veränderlich, kühl, Regenschauer.

Kriegerfrauen

auch solche, welche in letzter Zeit nicht Leser unserer Zeitung waren,

erhalten das Volksblatt 25 % unter dem üblichen Bezugspreise.

Konsumverein Aschersleben u. Umg.

e. G. m. b. H.

Sonntag, 14. Oktober 1917, nachm. 3½ Uhr im „Prinz von Preußen", Aschersleben, Wassertor 30:

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht, Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
2. Beschlußfassung über die Verteilung der Erübrigung.
3. Revisionsbericht.
4. Anträge.

Anträge der Mitglieder müssen bis spätestens **Mittwoch, 10. Oktober 1917,** in den Händen des Vorstandes sein.

Die Teilnahme an der Generalversammlung ist nur gegen Vorzeigung der Legitimationskarte gestattet.

Die Mitglieder werden um zahlreichen und pünktlichen Besuch gebeten und sind besonders die Frauen freundlichst eingeladen

Kinder haben keinen Zutritt. *1199

Der Aufsichtsrat:

J. A.: **Max Kluge,** Vorsitzender.

Konsum-Verein Giesien u. Umgeg.

(eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.)

Sonntag, den 14. Oktober 1917, nachmittags 3 Uhr im Gasthof Ennewitz:

General-Versammlung

Tagesordnung:

1. **Geschäftsbericht und Vorlegung der Jahres-Abrechnung sowie Nichtigsprechung derselben und Entlastung des Vorstandes.**
2. **Ergänzungswahl des Vorstandes und Wahl des Aufsichtsrates sowie zweier Stellvertreter.**
3. **Anträge der Mitglieder nach § 41 des Statuts.**
4. **Verschiedenes.** *1200

Zahlreiches Erscheinen der geehrten Mitglieder sowie deren Frauen in der General-Versammlung ist Pflicht.

Der Aufsichtsrat. J. A.: Hermann Hüniger.

Böhlert's Roßschlächterei. 2293

Dientag: Nr. 1—300.

Mittwoch: Nr. 301—600.

Donnerstag: Nr. 601—900.

Es wird gebeten, Papier oder Gefäße mitzubringen.

Für Stotternde!

Trotzdem ich schon mehrere Male in **Halle** Sprechstunden abgehalten habe, laufen ständig noch Anfragen bei mir ein, worin ich um briefliche Auskunft über meine Methode gebeten werde. Ich habe mich deshalb entschlossen, am

Sonnabend, den 13. Oktober, von 11—1 und 2—7 Uhr, im „Hotel Goldene Kugel", Leipzigerstraße,

nochmals Sprechstunden abzuhalten. Ich bitte alle Leidenden sich vertrauensvoll an mich zu wenden. **Jeder Stotterer kann sich mit Hilfe meiner sehr einfachen Methode durch Selbstunterricht in kurzer Zeit vom Stottern befreien** (ohne Medikamente). Bei Kindern kann das Uebel von den Eltern befreit werden. (Es ist nicht notwendig, daß Kinder zur Sprechstunde mitgebracht werden.) Viele Tausend Leidende haben sich in kurzer Zeit mit meiner Methode selbst geheilt.

Vor einiger Zeit schrieb mir ein Pädagoge „Ihre Methode müßte einen Ruhmes- u. Siegeszug durch die Welt machen". Im letzten Jahre gingen über 500 Dankesgebriefe bei mir ein. Eine große Anzahl Original-Dankesgebriefe liegen in der Sprechstunde zur gefl. Einsicht aus. Praktische Aerzte und Lehrer, die zur Zeit selbst Stotternde heilen, sind zuerst von mir vom Stottern befreit. (Manche hatten vorher bis zu 8 Anstalten ohne den gewünschten Erfolg besucht.) Diesbezügliche Original-Zeugnisse stehen zur Verfügung. Früher war ich selbst sehr starker Stotterer und habe mich, nach vielen erfolglosen Kuren in den besten Anstalten, selbst vom Stottern befreit. Die Auskunftserteilung nimmt für jeden Besucher nur etwa 10 Minuten in Anspruch. Meine Methode ist der billigste und weit einfachste Weg zur sicheren und gründlichen Beseitigung des Stotterübels. Für die Auskunftserteilung ist nur eine Gebühr von 1 Mark zu entrichten. *1206

Internationale Sprachheil-Anstalt Hannover. Friesenstrasse 33. — Fernsprecher Nr. 5371. **Dir. Warnecke.**

Bekanntmachung.

Auf Grund des Art. 68 der Reichsverfassung, des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 verordne ich hiermit im Interesse der öffentlichen Sicherheit und in Erweiterung des Befehls vom 7. 9. 15 betr. Annahme landwirtschaftlicher Arbeiter ohne Entlassungsschein für den Bereich des IV. Armeekorps folgendes:

1. Es ist verboten:
   a) polnische Arbeiter oder Arbeiterinnen jeder Beschäftigung dazu zu verleiten oder irgendwie durch Rat und Tat zu unterstützen, ihre Arbeitsstellen zu verlassen oder die vertragsmäßige Arbeit zu verweigern oder niederzulegen.
   b) ein Arbeitsverhältnis polnischer Arbeiter oder Arbeiterinnen jeder Beschäftigung zu vermitteln oder mit ihnen einzugehen ohne den schriftlichen Nachweis, daß sie ihr früheres Arbeitsverhältnis ordnungsgemäß beendet und ihre frühere Arbeitsstelle mit Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde verlassen haben.
2. Die Uebertretung sowie die Aufforderung oder Anreizung zur Uebertretung wird, falls nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Liegen mildernde Umstände vor, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden. Neben dieser Strafe wird erforderlichenfalls — insbesondere im Wiederholungsfalle — das Verbot zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter verhängt werden.

Die Verfügung tritt mit dem 10. Oktober in Kraft.

Magdeburg, den 30. September 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:

Frhr. v. Lyncker,

General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2. *1201

Volksbildungs-Verein

Dienstag, 9. Oktober, abends 8 Uhr in der „Kaiser Wilhelmhalle":

1. **„Mit dem U-Boote gegen England",** Lichtbilder-Vortrag. Eintritt für Mitglieder 10 Pfg.
2. Hauptversammlung. Mitgliedes-Karten-Ausgabe, Annahme neuer Mitglieder. 2207

Beim Einkauf von **Pelz-Waren** und **Garnituren** in Plüsch, Samt und Krimmer lohnt unbedingt 2204 die Besichtigung im Kaufhaus **H. Elkan,** Leipzigerstr. 87.

Dreifüße *1206 zum **Besohlen** billigst bei **Otto Sparmann,** Gr. Steinstr. 47, neb. Walhalla.

Schulbücher aller Art Tafeln, Schiefer, Federkästen, Bleie, Zeichenblocks, Zeichenständer, Tornister usw. Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung** Halle a. d. S., Harz 42/44.

Lehrmädchen gegen monatliche Vergütung sofort oder 1. November verlangt **Woll- u. Weißwarenhaus** Markt 6. 2214

Laufmädchen gesucht *1207 Gr. Steinstr. 18, Blumengeschäft.

Ansichts-Postkarten empfiehlt **Die Volks-Buchhandlung.**

Wollene Kleider- und Kostümstoffe

Mäntelstoffe — Anzugstoffe — Sammete — Manchester

finden Sie noch in großer Auswahl 2205

Im Kaufhaus H. Elkan, Leipzigerstrasse 87.

Alt-Papier

jeder Art, sowie alte **Geschäfts-Papiere, Akten, Journale** usw. **kauft** zum Einstampfen 2206

A. Samuel, **Alter Markt 7.** Telephon 5592.

Partei-Schriften empfiehlt die **Volks-Buchhandlung.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171008-12/fragment/page=0006